
Der Landtag hat beschlossen:

I. HAUPTSTOCK
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1
Geltungsbereich

Dieses Gesetz gilt für land- und forstwirtschaftliche Schulen einschließlich der Schülerheime, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler dieser Schulen bestimmt sind, mit Ausnahme der folgenden:

a) Höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten sowie Anstalten für die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen;

b) Fachschulen für die Ausbildung von Forstpersonal;

c) öffentliche land- und forstwirtschaftliche Fachschulen, die zur Gewährleistung von mehrplanmäßig vorgesehenen Übungen mit einer der unter den lit. a und b genannten öffentlichen Schulen oder mit einer land- und forstwirtschaftlichen Versuchsanstalt des Bundes organisatorisch verbunden sind;

d) Schülerheime, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler der unter den lit. a bis c genannten Schulen bestimmt sind.

§ 2
Gliederung der land- und forstwirtschaftlichen Schulen

(1) Die land- und forstwirtschaftlichen Schulen gliedern sich nach der Bildungsaufgabe in die Schularten Berufsschule und Fachschule und nach dem Schulerhalter in öffentliche und private Schulen.

(2) Die Berufsschule ist eine Pflichtschule. Sie hat folgende Aufgabe:

a) den Schülern die schulische Grundausbildung für eine Berufstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft zu vermitteln,

b) die Schüler zu demokratischen, heimat- und berufsverbundenen, sittlich und religiös gefestigten und sozial denkenden Staatsbürgern heranzubilden,

c) die Allgemeinbildung der Schüler entsprechend ihrer künftigen Berufstätigkeit zu erweitern und zu vertiefen sowie insbesondere auch die Grundlage für die spätere fachliche Weiterbildung der Schüler zu schaffen.

(3) Die Fachschule ist eine mittlere Schule. Sie hat folgende Aufgabe:

a) die Schüler auf die selbständige Führung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes oder Haushaltes und auf die Ausübung einer sonstigen verantwortlichen Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft oder einem ihrer Sondergebiete durch Vermittlung von Fachkenntnissen und Fertigkeiten vorzubereiten,

b) die Schüler zu demokratischen, heimatverbundenen, sittlich und religiös gefestigten und sozial denkenden Staatsbürgern heranzubilden und

c) die Allgemeinbildung der Schüler zu erweitern und zu vertiefen.

(4) Land- und forstwirtschaftliche Schulen, die vom Land errichtet und erhalten werden, sind öffentliche, andere sind private Schulen. Die gleiche Regel gilt sinngemäß für Schülerheime.

§ 3
Errichtung und Erhaltung der Schulen

(1) Eine öffentliche Schule wird durch Verordnung der Schulbehörde, eine private durch die Anzeige der beabsichtigten Führung an die Schulbehörde errichtet. Darin ist der Sitz der Schule, die Schulart (§ 2 Abs. 1), die Fachrichtung, die Organisationsform und die Zahl der Schulstufen (§§ 17 und 19) zu bezeichnen.

(2) Die Erhaltung einer Schule (eines Schülerheimes) umfaßt:

a) die Bereitstellung und Instandhaltung des Schulgebäudes und der übrigen Schulliegenschaften, deren Reinigung, Beleuchtung und Beheizung, die Anschaffung und Instandhaltung der Einrichtung und Lehrmittel, die Deckung des sonstigen Sachaufwandes;

b) die Beistellung des Schulleiters, der Lehrer (Erzieher), des schulärztlichen Dienstes sowie des zur Durchführung von Verwaltungsarbeiten und zur Betreuung des Schulgebäudes und der übrigen Schulliegenschaften allenfalls erforderlichen sonstigen Personals.

Auf die Erhaltung eines Schülerheimes sind die Bestimmungen über die Erhaltung einer Beruf- oder Fachschule sinngemäß anzuwenden.

§ 4
Schulpflichtiger Personenkreis

(1) Zum Besuch der land- und forstwirtschaftlichen Berufsschule sind spätestens mit der Vollendung des 16. Lebensjahres die in der Land- und Forstwirtschaft ein-

(2) Land- und forstwirtschaftliche Lehrlinge haben die land- und forstwirtschaftliche Berufsschule während des Lehrverhältnisses zu besuchen, soweit sie diese Schule nicht bereits in Erfüllung der Schulpflicht gemäß Abs. 1 besucht haben.

(3) Eine Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft liegt dann vor, wenn der Jugendliche den Hauptteil seiner Arbeitskraft der Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stellt.

§ 5
Erfüllung der Schulpflicht

(1) Land- und forstwirtschaftliche Lehrlinge haben die dem Lehrverhältnis entsprechenden Fachrichtungen der Berufsschule zu besuchen. Berufsschulpflichtige, die in keinem Lehrverhältnis stehen, haben die Berufsschule jener Fachrichtung zu besuchen, die ihrer Arbeitstätigkeit am ehesten entspricht. Im Zweifel entscheidet die Schulbehörde.

(2) Besteht eine Berufsschule mit der Fachrichtung des Ausbildungszweiges nicht oder hat der Berufsschulpflichtige keine Möglichkeit, eine Berufsschule einschlägiger Fachrichtung zu besuchen, so hat er seiner Schulpflicht in einer Berufsschule mit der Fachrichtung „Landwirtschaft“ nachzukommen.

(3) Die Berufsschulpflicht kann auch durch den Besuch einer Fachschule der gleichen Fachrichtung erfüllt werden, und zwar:
   a) durch den Besuch einer Fachschule im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. b,
   b) durch den Besuch der ersten und zweiten Schulstufe einer Fachschule im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. d,
   c) nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht durch den Besuch der ersten Schulstufe einer Fachschule im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. d.

(4) Die Schulbehörde kann aus organisatorischen Gründen oder zur Gewährleistung einer entsprechenden schulischen Ausbildung (Abs. 1) durch Verordnung bestimmen, daß die Berufsschulpflichtigen ihrer Schulpflicht im Sinne des Abs. 3 lit. a oder c nachzukommen haben. Die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 21 Abs. 3 ist in diesem Fall nicht erforderlich.

(5) Insoweit der Besuch der Fachschule die Berufsschule ersetzt, hat der Schüler im Falle des Ausschlusses oder vorzeitigen Austrittes aus der Fachschule die Berufsschule bis zum Ende der Schulpflicht zu besuchen.

(6) Die in der Berufsschule (Fachschule) eines anderen Bundeslandes zurückgelegte Schulzeit ist unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 und 5 für die Erfüllung der Berufsschulpflicht anzurechnen.


§ 6
Befreiung vom Besuch der Berufsschule

(1) Die Schulbehörde hat von Amts wegen oder über Ansuchen des für die Erfüllung der Schulpflicht Verantwortlichen körperlich oder geistig Behinderte, denen der Schulbesuch nicht zumutbar ist, von der Schulpflicht ganz oder teilweise zu befreien.

(2) Die Befreiung ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen hiefür nicht mehr gegeben sind.

(3) Die Schulbehörde hat die Gemeinde, in deren Schulpflichts- oder Schulpflichtsmatrizen der Berufsschulpflichtige geführt wird, von der Befreiung bzw. deren Widerruf zu verständigen.

§ 7
Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Schulpflicht


(2) Der Arbeitgeber (Lehrberechtigter, Betriebsinhaber) des Schulpflichtigen hat Beginn und Ende des Beschaftigungsverhältnisses binnen zwei Wochen der für die Führung der Schulpflichtsmatrix zuständigen Gemeinde zu melden.

§ 8
Schulpflichtsmatrix für die Berufsschule

(1) Jede Gemeinde hat eine Schulpflichtsmatrix für die Berufsschule anzulegen und zu führen. In der Schulpflichtsmatrix sind alle Schulpflichtigen (§ 4) zu erfassen, die in der Gemeinde ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Die Gemeinden sind verpflichtet, der Schulbehörde die Schulpflichten spätestens sechs Wochen vor Schulbeginn zu melden.

(2) Die Berufsschulleihungen haben der Gemeinde, in deren Schulpflichtsmatrix der Berufsschulpflichtige geführt wird, den Schuleintritt und den Schulaustritt anzuzeigen.

(3) Die Erziehungsberechtigten und die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Schulpflichtigen der Gemeinde zu melden und Auskünfte zu erteilen. Die Gemeinde hat diese Auskünfte unverzüglich der Schulbehörde zu übermitteln, soweit dies nicht bereits gemäß Abs. 1 erfolgt ist.

§ 9
Zuwiesung an die Berufsschule

(1) Voraussetzung für die Aufnahme eines Schülers in eine öffentliche Berufsschule ist eine Zuwiesung durch die Schulbehörde.

(2) Der Schulpflichtige ist spätestens mit Vollendung des 16. Lebensjahres an eine bestimmte Berufsschule (Abs. 4) zur Erfüllung der Schulpflicht zuzuweisen, sofern die Berufsschulpflicht nicht später eintritt oder festgestellt wird.


(4) Bei der Zuwiesung des Schulpflichtigen ist auf eine zweckentsprechende Erfüllung der Schulpflicht, insbesondere auf die in Betracht kommende Fachrichtung und die Entfernung der Berufsschule vom Beschäftigungsort des Schulpflichtigen Bedacht zu nehmen.

(5) Schulpflichtige, die ihrer Schulpflicht nicht an einer privaten land- und forstwirtschaftlichen Berufsschule, an einer land- und forstwirtschaftlichen Fachschule oder an einer in einem anderen Bundesland befindlichen Berufsschule (Fachschule) nachkommen, sind verpflichtet, jene Berufsschule zu besuchen, der sie zugewiesen werden.

(6) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Vereinbarung mit anderen Ländern die Erfüllung der Schulpflicht durch Schüler anderer Bundesländer an burgenländischen Schulen sowie die Erfüllung der Schulpflicht durch burgenländische Schüler an Schulen anderer Länder zu ermöglichen. Im letzteren Fall hat die Schulbehörde durch Verordnung zu bestimmen, daß alle Schulpflichtigen einer bestimmten Fachrichtung oder die Schüler aus bestimmten Gebieten des Burgenlandes ihre Schulpflicht an einer solchen Schule zu erfüllen haben. Die in Betracht kommenden Schulpflichtigen sind an diese Schule zuzuweisen.

II. HAUPTSTOCK
ORGANISATION DER ÖFFENTLICHEN BERUFS- UND FACHSCHulen

1. ABSCHNITT
GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

§ 10
Allgemeine Zugänglichkeit, Unentgeltlichkeit des Schulbesuches

(1) Die öffentlichen Berufs- und Fachschulen sind allgemein zugänglich. Aus organisatorischen oder lehrplanmäßigen Gründen können jedoch Schulen und Klassen eingeregistert werden, die nur für Burschen oder nur für Mädchen bestimmt sind.

(2) Der Besuch der öffentlichen Berufs- und Fachschulen ist — unbeschadet der Bestimmungen der Abs. 3 bis 5 — unentgeltlich.


(4) Für die in einem öffentlichen Schülerheim untergebrachten Schüler ist ein für das Schülerheim höchstmöglich kostendeckender festzusetzender Beitrag für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung zu entrichten (Schülerheimbeitrag). Die Höhe dieses Beitrages ist von der Schulbehörde festzusetzen.


§ 11
Lehrpläne

(1) Die Schulbehörde hat Lehrpläne durch Verordnung zu erlassen.

(2) Die Lehrpläne haben zu enthalten:
   a) die Bildungs- und Lehraufgaben und den Lehrstoff der einzelnen Unterrichtsgegenstände sowie didaktische Grundsätze;
   b) Gesamtagstundenzahl und Stundenausmaß der einzelnen Unterrichtsgegenstände (Stundentafel);
   c) die Aufteilung des Lehrstoffes und der Unterrichtsstunden auf die einzelnen Schulstufen.

(3) Neben den Pflichtgegenständen können alternative Pflichtgegenstände, Freigelegenheiten, unverbindliche Übungen sowie Förderunterricht vorgesehen werden. In den Lehrplänen kann auch bestimmt werden, daß zwei oder mehrere der vorgesehenen Pflichtgegenstände als alternative oder als zusammengesetzte Pflichtgegenstände (Gegenstandsgruppen) zu führen sind.

(4) In den Lehrplänen können Unterrichtsgegenstände bestimmt werden, in denen aus organisatorischen oder erzieherischen Gründen der Unterricht statt für die gesamte Klasse in Schülergruppen zu erteilen ist. Die Schülerzahl in einer Schülergruppe darf acht nicht unterschreiten.

(5) Im Sinne des Gesetzes sind zu verstehen:
   a) unter Pflichtgegenständen jene Unterrichtsgegenstände, deren Besuch für alle in die betreffende Schule aufgenommenen Schüler Pflicht ist; der Religionsunterricht ist Pflichtgegenstand, sofern nicht auf Grund des § 1 Abs. 2 des Religionsunterrichtsgesetzes, des IR. NR. 190/1949, eine schriftliche Abmeldung erfolgt ist;
   b) unter alternativen Pflichtgegenständen jene Unterrichtsgegenstände, deren Besuch zur Wahl gestellt wird, wobei einer von mehreren Unterrichtsgegenständen
(Gegenstandsgruppen) gewählt werden muß und der damit gewählte Unterrichtsgegenstand wie ein Pflichtgegenstand gewertet wird;

(c) unter Freiegenständen jene Unterrichtsgegenstände und unter unverbindlichen Übungen jene Unterrichtsveranstaltungen, zu deren Besuch eine Anmeldung zu Beginn des Schuljahres erforderlich ist und die nicht wie Pflichtgegenstände gewertet werden;

d) unter Förderunterricht jene Unterrichtsstunden, deren Besuch nicht verpflichtend ist und die nicht gewertet werden werden, für solche Schüler, die zusätzlich zu den Pflichtgegenständen (lit. a und b) eines weiteren Lernangebotes bedürfen.

§ 12
Lohnempfänger

(1) Der Unterricht ist durch Fachlehrer zu erteilen.

(2) Für jede Schule sind ein Leiter sowie die zur ordnungsgemäßen Unterrichtserteilung erforderlichen Lehrer zu bestellen.

(3) Wird eine Berufsschule in organisatorischem Zusammenhang mit einer Fachschule geführt, obliegt die erzieherische und verwaltungsmäßige Leitung beider Schulen dem Leiter der Fachschule.

(4) Hiedurch werden die Vorschriften des Lehrerdienstrechtes, bei Religionslehrern auch jene des Religionsunterrichtsrechtes, nicht berührt.

§ 13
Klassenschülerzahl

(1) Eine Klasse darf nur geführt werden, wenn die Schülerzahl mindestens 18 beträgt. Die Schulbehörde kann diese Zahl auf 12 herabsetzen, wenn die Bildungsaufgabe der Schule in anderer Weise nicht erfüllt werden kann.

(2) Die Zahl der Schüler in einer Klasse soll 36 nicht überschreiten. Wenn die Einhaltung dieser Klassenschülerzahl aus nicht behebbaren personellen und räumlichen Gründen undurchführbar ist, kann die Klassenschülerzahl mit Zustimmung der Schulbehörde erhöht werden.

(3) Die Schulbehörde hat durch Verordnung zu bestimmen, bei welcher Mindestzahl von Anmeldungen ein alternativer Pflichtgegenstand, ein Freiegenstand oder eine unverbindliche Übung sowie bei welcher Mindestzahl von Schülern ein Förderunterricht abzulehnen ist. Sie hat über dies zu bestimmen, bei Unterschreitung welcher Mindestzahl von teilnehmenden Schülern ein Freiegenstand oder eine unverbindliche Übung ab Ende des laufenden Beurteilungsschreibes nicht mehr unterwürfig zu führen. Sofern die Mindestzahl für die Führung der erwähnten Unterrichtsveranstaltungen in einer Klasse zu gering ist, können Schüler mehrerer Klassen einer oder mehrerer Schulen zur Erreichung der Mindestzahl zusammengefaßt wer-

§ 14
Schuljähr

(1) Das Schuljahr beginnt am ersten Montag im September und dauert bis zum Beginn des nächsten Schuljahres.


(3) Bei den zweisechsen und lehrungsmäßigen Berufs- und Fachschulen besteht das Schuljahr aus dem Unterrichtsjahr, der unterrichtsfreien Zeit und den Hauptferien.


§ 15
Schulfreie Tage im Unterrichtsjahr

(1) Schulferien sind folgende Tage des Unterrichtsjahres:

a) die Sonntage und gesetzlichen Feiertage, der Allerseelenntag und der 11. November als Festtag des Landespatrons;

b) als Weihnachtsferien die Tage vom 24. Dezember bis einschließlich 6. Jänner;

c) die Tage vom Montag bis einschließlich Samstag der Semesterferien (§ 14 Abs. 2);

d) als Osterferien die Tage vom Montag vor dem Palmsonntag bis einschließlich Dienstag nach Ostern;

e) als Pfingstferien die Tage vom Samstag vor bis einschließlich Dienstag nach Pfingsten;

f) der einem gemäß lit. a oder b schulferien Freitag unmittelbar folgende Samstag.

(2) Von der Schulbehörde können in jedem Unterrichtsjahr schulferie erklärt werden:

a) aus Anlässen des schulischen und öffentlichen Lebens, aus wirtschaftlichen oder organisatorischen Gründen, für Elternsprechstage und religiöse Übungen insgesamt bis zu sechs Unterrichtstage;

b) bei Unbenützbarkeit des Schulpflegebedrudes, in Katastrophenfällen oder aus sonstigen zwingenden oder aus im öffentlichen Interesse gelegenen Gründen, die unumgänglich notwendigen Zeiten.

(3) Werden gemäß Abs. 2 lit. b insgesamt mehr als sechs Unterrichtstage schulferie erklärt, kann die Schulbehörde anordnen, daß die darüber hinaus entfallenen Unterrichtstage durch Verlängerung des Unterrichtsjahres bei Verkürzung der unterrichtsfreien Zeit oder der Hauptferien eingebracht werden; die Hauptferien dürfen jedoch um nicht mehr als zwei Wochen verkürzt werden.

§ 16
Unterrichtsstunden

(1) Die durch den Lehrplan bestimmte Gesamttundenzahl ist vom Schulleiter möglichst gleichmäßig auf die einzelnen Unterrichtstage der Woche aufzuteilen.

(2) Die Schulbehörde kann aus wirtschaftlichen oder organisatorischen Gründen durch Verordnung bestimmen, daß in einzelnen oder allen Schulen der erforderliche voll-
schulartige Unterricht (§ 17 Abs. 2 lit. b und § 19 Abs. 2) auf fünf Tage in der Woche unter Wahrung der im Lehr-
plan vorgesehenen Gesamtwochenstundenzahl zusammen-
gezogen wird.

(3) Die Schulbehörde kann aus organisatorischen oder
erzieherischen Gründen durch Verordnung bestimmen, daß
Unterrichtsgegenstände ganz oder teilweise als zusam-
mengezogener Unterricht zeitlich geschlossen in Kursform
unterrichtet werden. Dieser Unterricht kann auch außer-
halb der Schule stattfinden.

(4) Der Unterricht darf nicht vor sieben Uhr beginnen
und am Vormittag höchstens fünf Unterrichtsstunden,
wenigstens drei Stunden auf praktischen Unterricht
entfallen, höchstens sechs Unterrichtsstunden dauern.
Zwischen dem Vormittags- und Nachmittagsunterricht hat
ein Zeitraum von mindestens einer Unterrichtsstunde zu-
züglich der dazugehörigen Pause zu liegen. Der Nachmit-
tagsunterricht darf nicht länger als bis 18 Uhr dauern.
Am Samstag darf der Unterricht höchstens sechs Unterrichts-
stunden, längstens aber bis 14 Uhr dauern.

(5) An Schulen, denen zur Durchführung des prakti-
sehen Unterrichtes ein Lehr- und Versuchsbetrieb ange-
schlossen ist, darf der praktische Unterricht frühestens
um sechs Uhr begonnen werden und hat spätestens um
20 Uhr zu enden.

(6) Die Unterrichtsstunde hat 50 Minuten zu dauern.
Die Schulbehörde kann aus Gründen des Lehrplanes oder
wegen der Notwendigkeit von Wechselunterricht durch
Verordnung die Dauer aller oder einzelner Unterrichts-
stunden für einzelne Schulen mit 45 Minuten festsetzen.

(7) Zwischen den einzelnen Unterrichtsstunden sind
vom Schulleiter ausreichend Pausen in der Dauer von
mindestens fünf bis höchstens 20 Minuten vorzusehen.
Wenn es die Art des Unterrichtsgegenstandes oder der
Stundenlangstetzung erfordern, können zwei Unterrichts-
stunden ohne Pause aneinandergeschlossen; die Dauer der
hierauf folgenden Pausen hat mindestens zehn Minuten zu
betragen.

(8) Die Stunden des praktischen Unterrichtes können
in dem nach der Art des Unterrichtsgegenstandes notwen-
digen Ausmaß und ohne Verlängerung der darauffolgenden
Pause aneinanderschließen; in diesem Fall sind den Schül-
ern jedoch Ruhepausen im Ausmaß der sonst auf die
Pausen entfallenden Zeit entsprechend dem Arbeitsablauf
einzelner oder in Gruppen zu gewähren.

ff) Fischereiwirtschaft
gg) Geflügelwirtschaft
hh) Bienenwirtschaft
c) Forstwirtschaft

(2) Die Berufsschule ist bei gleichem Unterrichtsaus-
maß in der Organisationsform einer
a) saisonmäßigen Schule mit einem auf eine bestimmte
Jahreszeit zusammengezogenen Unterricht mit zwei
Unterrittstagen pro Woche oder
b) lehrgangsmäßigen Schulen mit einem mehrere Wochen
dauernden vollschulartigen Unterricht
zu führen.

(3) Die Berufsschule kann ein bis drei Schulstufen um-
fassen, wobei jeder Schulstufe — soweit es die Schüler-
zahl zuläßt — eine Klasse zu entsprechen hat. Bei einer
Schülerzahl von weniger als 18 je Schulstufe können un-
ter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 13 Klas-
sen gleicher Schulstufe verschiedener Fachrichtungen zur
Unterrichterteilung in bestimmten Gegenständen zu einer
Klasse zusammengefaßt werden.

§ 18 Lehrplan

(1) Im Lehrplan der Berufsschule sind als Pflichtge-
genstände vorzusehen:
a) für alle Fachrichtungen:
Religion, Deutsch (einschließlich Schriftverkehr), Rech-
nen, Politische Bildung, Lebenskunde, Leibesübungen;
b) für die Fachrichtung Landwirtschaft:
Pflanzenproduktion, Tierproduktion;
c) für die Fachrichtung Ländliche Hauswirtschaft:
Haushaltung, Landwirtschaft;
d) für die Fachrichtung Gartenbau:
Allgemeiner Gartenbau;
e) für die Fachrichtung Weinbau einschließlich Keller-
wirtschaft:
Pflanzenproduktion, Weinbau;
f) für die Fachrichtung Obstbau einschließlich Obstbaum-
pflege:
Pflanzenproduktion, Obstbau;
g) für die Fachrichtung Molkerei- und Käsereiwirtschaft:
Milchgewinnung, Milchverarbeitung, Milchuntersuchung;
h) für die Fachrichtung Fischereiwirtschaft:
Fischzucht;
i) für die Fachrichtung Geflügelwirtschaft:
Geflügelzucht;
j) für die Fachrichtung Bienenwirtschaft:
Bienenkunde;
k) für die Fachrichtung Forstwirtschaft:
Waldwirtschaft, Landwirtschaft;
l) ergänzend zu lit. a bis k jene naturkundlichen, fach-
theoretischen, praktisch-wirtschaftlichen und berufs-
kundlichen Unterrichtsgegenstände, die im Hinblick auf
die voraussichtlich künftige Berufstätigkeit der Schüler
erforderlich sind.

(2) Das Unterrichtsausmaß in den Pflichtgegenständen
ist mit mindestens 600 und höchstens 1 000 Unterrichts-
stunden festzusetzen. Die Gesam tununterrichtsstunden sind
auf die Schulstufen unter Bedachtnahme auf die Möglich-

2. ABSCHNITT
BERUFSSCHULEN

§ 17
Fachrichtungen und Organisationsformen

(1) Die Berufsschule kann in folgenden Fachrichtungen
geführt werden:
a) Landwirtschaft
b) in den Sondergebieten der Landwirtschaft:
aa) Ländliche Hauswirtschaft
bb) Gartenbau
cc) Weinbau einschließlich Kellerwirtschaft
dd) Obstbau einschließlich Obstbaumzucht
ee) Molkerei- und Käsereiwirtschaft
keit des Übertrettes nach der ersten Schulstufe in eine berufsschulersetzende Fachschule zu verteilen.

3. ABSCHNITT
FACHSCHULEN

§ 19
Fachrichtungen, Organisationsformen und Aufbau

(1) Die Fachschule kann in folgenden Fachrichtungen geführt werden, wobei der Schwerpunkt des an den Schulen vermittelten Fachwissens der jeweiligen Fachrichtung zu entsprechen hat:

a) Landwirtschaft

b) in den Sondergebieten der Landwirtschaft:

aa) Ländliche Hauswirtschaft

bb) Gartenbau

c) Weinbau einschließlich Kellereiwirtschaft

dd) Obstbau einschließlich Obstaumbepflanzung

ee) Molkerei- und Käsereiwirtschaft

ff) Fischereiwirtschaft

gg) Geflügelwirtschaft

hh) Bienenzucht und Bienenwirtschaft

c) Forstwirtschaft

(2) Die Fachschule ist in den einzelnen Schulstufen vollschulartig in der Organisationsform einer

a) ganzzährigen Schule oder

b) saisonmäßigen Schule mit einem auf eine bestimmte Jahreszeit zusammengezogenen Unterricht zu führen.

(3) Die Fachschulen können je nach Organisationsform und Aufbau ein bis vier Schulstufen umfassen, wobei jeder Schulstufe eine Klasse zu entsprechen hat.

(4) Die Fachschulen gliedern sich nach ihrem Aufbau in

a) Fachschulen, die erst nach Erfüllung der Berufsfachschulpflicht besucht werden können (§ 20 Abs. 2 lit. a);

b) Fachschulen, in denen auch die Berufsfachschulpflicht erfüllt werden kann (§ 20 Abs. 2 lit. b);

c) Fachschulen zur Ausbildung für die Führung eines Haushalts, in denen das neunte Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht erfüllt werden kann (§ 20 Abs. 2 lit. c);

d) Fachschulen, in denen das neunte Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht und die Berufsfachschulpflicht erfüllt werden kann (§ 20 Abs. 2 lit. d).

(5) Fachschulen im Sinne des Abs. 4 lit. c sind als „Ländliche Haushaltsschule“ zu bezeichnen.

c) für die Fachrichtung Ländliche Hauswirtschaft:

Haushaltungskunde, Kinderpflege, Ernährung und Vorratswirtschaft, Wäscherei- und Bekleidungskunde, Gartenbau, Landwirtschaft;

d) für die Fachrichtung Gartenbau:

Allgemeiner Gartenbau, Gemüsebau, Zierpflanzenbau, Gartentechnik und Baukunde;

e) für die Fachrichtung Weinbau einschließlich Kellereiwirtschaft:

Pflanzenproduktion, Weinbau, Kellerei, Landtechnik und Baukunde;

f) für die Fachrichtung Obstbau einschließlich Obstanbepflanzung:

Pflanzenproduktion, Obstbau, Obstverwertung, Landtechnik und Baukunde;

h) für die Fachrichtung Molkerei- und Käsereiwirtschaft:

Milchwirtschaft und Molkereiwesen, Milchwirtschaftliche Chemie, Milchwirtschaftliche Technologie, Molkereimaschinenkunde;

i) für die Fachrichtung Fischereiwirtschaft:

Fischkunde, Fischzucht und Teichwirtschaft;

j) für die Fachrichtung Geflügelwirtschaft:

Geflügelzucht und Geflügelhaltung, Betriebsformen der Geflügelhaltung;

j) für die Fachrichtung Bienenwirtschaft:

Bienenkunde;

k) für die Fachrichtung Forstwirtschaft:

Waldbau, Forsttechnik und Baukunde, Meßkunde und Holzverwertung, Forstschutz;

l) ergänzend zu lit. a bis k jene naturkundlichen, fachtheoretischen, praktisch-wirtschaftlichen und berufskundlichen Unterrichtsgegenstände, die im Hinblick auf die voraussichtlich künftige Berufstätigkeit der Schüler erforderlich sind.

(2) Die Zahl der Unterrichtsstunden in den Pflichtgegenständen ist je nach Aufgabe und Organisationsform der Fachschule festzusetzen:

a) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. a mit mindestens 1 300 und höchstens 1 500 Unterrichtsstunden, verteilt auf eine oder zwei Schulstufen;

b) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. b mindestens 1 800 und höchstens 2 400 Unterrichtsstunden, verteilt auf mindestens zwei Schulstufen;

c) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. c mindestens 1 300 und höchstens 1 500 Unterrichtsstunden in einer Schulstufe;

d) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. d mindestens 2 800 und höchstens 4 500 Unterrichtsstunden, verteilt auf zwei bis vier Schulstufen, wobei die erste mindestens 1 300 Unterrichtsstunden zu umfassen hat.

(3) Im Lehrplan der Fachschule können durch Verordnung alternative Pflichtgegenstände oder Freigegenstände insoweit vorgesehen werden, als die Erteilung des Unterrichts in diesen Gegenständen im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung (Stand der Wissenschaft, Strukturwandel in der Landwirtschaft) zweckmäßig erscheint oder für die Berufstätigkeit in den Produktionsverhältnissen, unter denen Schüler ihren künftigen Beruf voraussichtlich ausüben werden, Hilfe bieten kann.
§ 21 Aufnahmeveraussetzungen

(1) Voraussetzungen für die Aufnahme in die Fachschule sind:

a) die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht, soweit diese nicht durch den Besuch der Fachschule erfüllt werden kann;

b) bei Fachschulen gemäß § 19 Abs. 4 lit. a die Erfüllung der Berufsschulpflicht;

c) die körperliche Eignung;

d) die Fachschuleignung (geistige Eignung);

e) die Erklärung des Einverständnisses zur internatsmäßigen Unterbringung.

(2) Die körperliche Eignung ist gegeben, wenn der Aufnahmewerber in der Lage ist, an den im Lehrplan vorgesehenen Unterrichtsveranstaltungen teilzunehmen. Sie ist durch ein ärztliches Zeugnis nachzuweisen.

(3) Die Fachschuleignung ist gegeben, wenn die erfolgreiche Teilnahme an den Unterrichtsveranstaltungen erwartet werden kann und wird durch Eignungsprüfung festgestellt. Die Eignung ist jedoch als gegeben anzunehmen, wenn der Aufnahmewerber in jener Schulstufe, an welche die Fachschule anschließt, einen günstigen Schulabschluss erzielt; ein solcher liegt vor, wenn das Abschlusszeugnis der in Betracht kommenden Schulstufe in keinem Pflichtgegenstand die Note „nicht genügend“ enthält und überdies keinen schlechteren Notendurchschnitt als 2,8 in den Pflichtgegenständen aufweist, wobei jeweils die Noten aus Fremdsprachen, Geometrischem Zeichnen und Kurzschrift außer Betracht bleiben.

(4) Mit der Aufnahme in die Fachschule ist die internatsmäßige Unterbringung im Schülerheim verbunden. Die Schulbehörde hat ausnahmsweise externen Schulbesuch zu bewilligen, wenn das Schülerleben überfällt ist und für die Unterbringung des Schüler außerhalb der Schule in nächster Nähe vorgesehen wurde. Ein externer Schulbesuch ist auch zu bewilligen, wenn der Schüler im Sitze der Schule seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

§ 22 Eignungsprüfung

(1) Die Schulbehörde hat für Aufnahmewerber an Fachschulen, für die die erfolgreiche Ablegung einer Eignungsprüfung eine Aufnahmeveraussetzung ist, einen Sommertermin für diese Prüfungen festzusetzen.

(2) Voraussetzung für die Zulassung zu den Eignungsprüfungen ist die Erfüllung aller anderen Aufnahmeveraussetzungen für die betreffende Schularbeit.

(3) Zur Ablegung der Eignungsprüfung sind alle Aufnahmewerber berechtigt, die den Bestimmungen des Abs. 2 entsprechen. Die Ablegung der Prüfung zu einem anderen Zeitpunkt ist von der Schulbehörde auf Ansuchen des Aufnahmewerbers zu bewilligen, wenn er die Prüfung aus wichtigen Gründen nicht im Sommertermin ablegen kann oder konnte.

(4) Eine für eine bestimmte Schularbit abgelegte Eignungsprüfung darf für dasselbe Schuljahr nicht wiederholt werden.

§ 23 Durchführung der Eignungsprüfungen

(1) Die Prüfungsgebiete der Eignungsprüfungen hat die Schulbehörde nach den Aufgaben der einzelnen Schularbeiten durch Verordnung zu bestimmen, wobei auf den Lehrplan jener Schulstufe Bedacht zu nehmen ist, deren erfolgreichster Besuch Mindestvoraussetzung für die Aufnahme ist. Die Schulbehörde kann ferner durch Verordnung je nach der Art der Prüfungsgebiete festzusetzen, ob die Prüfung schriftlich und mündlich, nur schriftlich oder nur mündlich oder auch praktisch abzulegen ist.

(2) Zur Durchführung der Prüfung hat der Schulleiter die erforderliche Zahl von Lehrern als Prüfer zu bestellen.

(3) Die Aufgabenstellungen in den einzelnen Prüfungsgebieten sind, soweit sie nicht von der Schulbehörde einheitlich festgelegt werden, in einer Konferenz der Prüfer unter dem Vorsitz des Schulleiters festzusetzen.

(4) Die Schulbehörde kann an Stelle oder in Verbindung mit der Prüfung aus bestimmten Prüfungsgebieten nach wissenschaftlichen Grundsätzen erstellte und erprobte Untersuchungsverfahren zur Feststellung der Eignung für die betreffende Schularbeit einführen.

§ 24 Prüfungsergebnis

(1) Die Leistungen des Aufnahmewerbers in jedes Prüfungsgebiet sind vom Prüfer unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 37 Abs. 2 bis 4 zu beurteilen. Bei standardisierten Untersuchungsverfahren tritt an die Stelle der Beurteilung durch den Prüfer das Bewertungsergebnis der Eignungsuntersuchung.

(2) Auf Grund der Prüfungsergebnisse nach Abs. 1 ist unter Berücksichtigung der bisherigen Schulleistungen in einer Konferenz der Prüfer unter dem Vorsitz des Schulleiters mit Stimmenmehrheit festzusetzen, ob der Aufnahmewerber die Prüfung „bestanden“ oder wegen mangelnder Eignung „nicht bestanden“ hat (Gesamtergebnis). Bei Stimmengleichheit entscheidet der Schulleiter.

(3) Dem Aufnahmewerber ist die Gesamtergebnisdeutung seiner Leistungen bei der Eignungsprüfung (Abs. 2) bekanntzugeben. Kann der Aufnahmewerber wegen Platzmangels nicht in die Schule aufgenommen werden oder lautet die Gesamtergebnisdeutung auf „nicht bestanden“, ist ihm auf sein Verlangen über die Einzelbeurteilungen durch die Prüfer bzw. das Bewertungsergebnis des standardisierten Untersuchungsverfahrens und die Gesamtergebnisdeutung (Abs. 1 und 2) ein Zeugnis auszustellen.


§ 25 Übertritt von der Fachschule eines anderen Bundeslandes

Die in einer Fachschule eines anderen Bundeslandes zurückgelegte Schulleistung ist von der Schulbehörde auf die Zeit des Besuches einer Fachschule gleicher oder verwandter Fachrichtung nach Maßgabe der Vergleichbarkeit des Unterrichtsmaßes anzurechnen.
III. HAUPTSTÜCK
ORDNUNG VON UNTERRICHT UND ERZIEHUNG FÜR DIE ÖFFENTLICHEN BERUFS- UND FACHSCHULEN

1. ABSCHNITT
NAHUNAHME IN DIE SCHULE

§ 26
Aufnahme als ordentlicher Schüler

(1) Als ordentlicher Schüler ist nach Maßgabe der Bestimmungen des § 28 aufzunehmen, wer
a) die gesetzlichen Aufnahmeverfahren für die betreffende Schule und Schulstufe erfüllt,
b) die Unterrichtssprache so weit beherrscht, daß er dem Unterricht folgen vermag, und
c) die gesundheitliche und körperliche Eignung für die betreffende Schule besitzt, zu deren Feststellung im Zweifelsfalle ein Gutachten des Schularztes oder Arztes einzuholen ist.

(2) Die Aufnahme als ordentlicher Schüler während des Unterrichtsjahres bedarf — ausgenommen im Falle einer Zuweisung gemäß § 9 Abs. 3 und § 75 Abs. 5 — der Bevilligung der Schulbehörde. Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn wichtige in der Person des Schülers oder seiner Erziehungsberechtigten liegende Gründe gegeben sind.

(3) Wenn der Aufnahmewerber vorher Schüler einer anderen Schule war, darf eine Aufnahme als ordentlicher Schüler nur erfolgen, wenn er ein Abschlußzeugnis oder ein Zeugnis bzw. eine Besuchsbestätigung mit Abgangsklausel der bisher besuchten Schule vorlegt.

(4) Ein Aufnahmewerber, der die Aufnahme in eine Schulstufe der Berufs- oder Fachschule anstrebt,
a) ohne durch das Zeugnis einer öffentlichen oder mit dem öffentlichen Recht ausgestatteten Berufs- oder Fachschule gleicher Fachrichtung zur Aufnahme in die betreffende Schulstufe berechtigt zu sein, ferner
b) nicht jünger ist, als der betreffenden Schulstufe entspricht und
c) nicht im unmittelbar vorhergegangenen Schuljahr eine Schulstufe besucht hat, deren erfolgreichen Abschluß
zur Aufnahme in die angestrebte Schulstufe berechtigt, ist vom Schulleiter zur Ablehnung und Einstufungsprüfung zuzulassen. Zweck der Einstufungsprüfung ist die Feststellung, ob die Vorbildung des Aufnahmewerbers für die angestrebte Schulstufe ausreicht. Die näheren Bestimmungen über die Aufnahme auf Grund einer Einstufungsprüfung sind unter Berücksichtigung der Aufgabe und des Lehrplanes der einzelnen Schularten durch Verordnung der Schulbehörde zu erlassen.

(5) Die Aufnahme gilt ohne weitere Anmeldung für alle an der betreffenden Schule geführten Schulstufen derselben Schule bis zur Beendigung des Schulbesuches im Sinne des § 46.

§ 27
Aufnahme als außerordentlicher Schüler

(1) Voraussetzung für die Aufnahme als außerordentlicher Schüler ist, daß der Aufnahmewerber nach Alter und geistiger Reife zur Teilnahme am Unterricht der betreffenden Schulstufe geeignet ist und wichtige in seiner Person liegende Gründe die Aufnahme rechtferigen. Be- rufsschulpflichtige sind nur dann als außerordentliche Schüler aufzunehmen, wenn ihre Aufnahme als ordentliche Schüler wegen mangelder Kenntnis der Unterrichtssprache nicht zulässig ist (§ 26 Abs. 1 lit. b).

(2) Die Aufnahme als außerordentlicher Schüler im Sinne des Abs. 1 ist höchstens für die Dauer eines Schuljahres zulässig. Nach Beendigung des außerordentlichen Schulbesuches ist der Schüler, wenn er die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 erfüllt, als ordentlicher Schüler aufzunehmen.

(3) Gemäß Abs. 1 aufgenommene schulpflichtige außer- ordentliche Schüler haben alle Pflichtgegenstände der betreffenden Schulstufe zu besuchen.

(4) Die Aufnahme als außerordentlicher Schüler ist nur dann zulässig, wenn alle als ordentliche Schüler in Betracht kommenden Aufnahmeverweiger abgenommen worden sind.

(5) Aufnahmewerber, die eine Schulstufe als ordentliche Schüler ohne Erfolg besucht haben, dürfen in eine höhere Schulstufe der gleichen Schule nicht als außer- ordentliche Schüler aufgenommen werden.

(6) Auf Ansuchen des Schülers hat die Schulbehörde den außerordentlichen Schulbesuch als ordentlichen Schulbesuch dann anzurechnen, wenn die für eine Aufnahme als ordentlicher Schüler fehlenden Aufnahmeverfahren nachträglich erfüllt werden und der Schüler an Unterricht in allen Unterrichtsgegenständen der betreffenden Schulstufe erfolgreich teilgenommen hat.
werder in Schulen, die für sie in Betracht kommen, zu sorgen.

2. ABSCHNITT
UNTERRICHTSORDNUNG

§ 29
Klassenbildung, Lehrfachverteilung

(1) Die Schüler sind vom Schulleiter unter Beachtung der Vorschriften über die Schulorganisation in Klassen (Jahrgänge) einzuteilen (Klassenbildung). In den lehrgangsmaßigen Berufsschulen hat der Schulleiter im Zusammenhang mit der Klassenbildung die Einteilung in die einzelnen Lehrgänge vorzunehmen, wobei nach Möglichkeit auf eine gleichmäßige Verteilung der Schüler auf die einzelnen Lehrgänge und auf rücksichtswürdige Umstände in sozialer und betrieblicher Hinsicht Bedacht zu nehmen ist.

(2) Der Schulleiter hat für jedes Unterrichtsjahr (an lehrgangsmaßigen Berufsschulen für jeden Lehrgang) nach Beratung der allgemeinen Gesichtspunkte in der Schulkonferenz die lehrplanmäßig vorgesehenen Wochenstunden der Unterrichtsgegenstände in den einzelnen Klassen den einzelnen Lehrern der Schule unter Beachtung erzieherischer und unterrichtskundlicher Grundsätze, unter Bedachtnahme auf die Vorschriften über die Lehrverpflichtung und über die Lehrbefähigung sowie unter Berücksichtigung hiermit vereinbarer Wünsche der Lehrer zuzuweisen (Lehrfachverteilung).

(3) Die Klassenbildung und die Lehrfachverteilung sind von der Schulbehörde zu genehmigen. Die Bestimmungen des Abs. 2 gelten sinngemäß auch für Unterrichtsveranstaltungen im Sinne des § 16 Abs. 3.

§ 30
Stundenplan

(1) Der Schulleiter hat unter Bedachtnahme auf die Bestimmung des § 16 Abs. 3 für jede Klasse innerhalb der ersten zwei Wochen des Unterrichtsjahres, an lehrgangsmaßigen Berufsschulen innerhalb der ersten beiden Schuljahre einer Klasse, einen Plan über die für die Unterrichtserarbeit zwingend erforderliche Aufteilung der lehrplanmäßig vorgesehenen Unterrichtstunde (Stundenplan) in geeigneter Weise kundzumachen. Der Stundenplan und jede nicht nur vorübergehend Änderung desselben sind von der Schulbehörde zu genehmigen.

(2) Wenn ein Lehrer an der Erfüllung des Stundenplanes gehindert ist, hat der Schulleiter dafür zu sorgen, daß die betreffenden Unterrichtsstunden von einem anderen Lehrer gehalten werden (Supplierung); die betreffenden Unterrichtsstunden sind nach Möglichkeit für die im Stundenplan vorgesehenen Unterrichtsgegenstände zu verwenden (Fachsupplierung). Wenn der Entfall von Unterrichtsstunden vom Schulleiter angeordnet werden muß, hat er für die Beaufsichtigung der Schüler bis zum Stundenplanmäßig vorgesehenen Unterrichtsende zu sorgen.

(3) Der Schulleiter kann aus wichtigen Gründen den fallsweisen Austausch von Unterrichtsstunden bewilligen (Stundentausch). Die Schüler sind von einem Stunden- tausch rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

§ 31
Pflichtgegenstände

(1) Soweit alternative Pflichtgegenstände (Gegenstandsgruppen) vorgesehen sind, haben die Schüler zwischen diesen zu wählen. Der Schulleiter hat ihnen hiefür eine Frist von mindestens acht Tagen einzuräumen. Wenn die Wahl nicht innerhalb dieser Frist getroffen wird, hat der Schulleiter dem Schüler nach dessen Anhörung einen der alternativen Pflichtgegenstände (eine Gegenstandsgruppe) zuzuweisen. Die Wahl bzw. die Zuweisung gilt für alle Schulstufen, in denen der Pflichtgegenstand (die Gegenstandsgruppe) lehrplanmäßig geführt wird.

(2) Wenn ein Schüler von einer Schule in eine andere Schule übertritt, an der jedoch die bisher besuchten alternativen Pflichtgegenstände (Abs. 1) nicht geführt werden, kann er die alternativen Pflichtgegenstände in der Form weiterführen, daß er gegebenenfalls die entsprechenden Freigegenstände besucht. Andernfalls hat der Schüler die bisher besuchten alternativen Pflichtgegenstände zu wechseln. Im Falle des Wechsels der Pflichtgegenstände (Gegenstandsgruppen) hat der Schüler die dem Lehrplan entsprechenden Leistungen der versäumten Schulstufen innerhalb einer angemessenen Frist nachzuweisen, die der Schulleiter mit höchstens einem halben Unterrichtsjahr je versäumter Schulstufe zu bemessen hat.


(4) Die Schulbehörde hat einen Schüler auf sein Ansuchen von der Teilnahme an einzelnen Pflichtgegenständen zu befreien, wenn er durch Vorlage eines Zeugnisses über den erfolgreichen Abschluß einer öffentlichen oder mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schule gleicher oder größerer Bildungshöhe nachweist, daß er einen lehrplanmäßig gleichen Pflichtgegenstand bereits mit Erfolg besucht hat.

(5) Für die Berufsschulen gelten an Stelle der Abs. 3 und 4 die Bestimmungen des § 6.

§ 32
Freigegenstände, unverbindliche Übungen und Förderunterricht


(2) Die Schulbehörde kann durch Verordnung die Zahl der Freigegenstände und unverbindlichen Übungen, an denen ein Schüler teilnehmen darf, beschränken, wobei auf die Anforderungen des Lehrplanes der einzelnen Schulstufen im Verhältnis zur durchschnittlichen Belastbarkeit der Schüler Bedacht zu nehmen ist.
(3) Die Klassenkonferenz hat die Teilnahme eines Schülers an Freigenresständen bzw. unverbindlichen Übungen abzulehnen, wenn durch die Teilnahme daran der erfolgreiche Abschluß der Schulstufe in Frage gestellt erscheint. Die Möglichkeit des Besuches eines Freigenresstandes (einer unverbindlichen Übung) muß jedoch gewahrt bleiben. Wenn sich im Laufe des Unterrichtsjahres herausstellt, daß ein Schüler das Lehrziel eines Freigenresstandes oder einer unverbindlichen Übung nicht erreicht, oder daß durch den weiteren Besuch der erfolgreiche Abschluß der Schulstufe gefährdet wird, hat die Klassenkonferenz die weitere Teilnahme daran abzulehnen.

(4) Wenn ein Schüler in einem Freigenresstand im Jahresszeugin mit „Nicht genügend“ beurteilt wird, kann er sich im darauffolgenden Unterrichtsjahr in diesem Freigenresstand nur zur Wiederholung desselben anmelden.

(5) Schüler, die in Pflichtgenresständen, in denen ein Förderunterricht vorgesehen ist, eines zusätzlichen Lernangebotes bedürfen, können sich zur Teilnahme am Förderunterricht anmelden. Der Schulleiter hat ihnen hiefür eine Frist von acht Tagen einräumen.

(6) Die Schulbehörde kann durch Verordnung die Zahl der Pflichtgenresstände, an denen ein Schüler im Rahmen des Förderunterrichtes in einem Unterrichtsjahr teilnehmen darf, sowie die Zahl der Kurse, die ein Schüler im Rahmen des Förderunterrichtes gleichzeitig besuchen darf, beschränken; hierbei ist auf die Anforderungen des Lehrplanes der einzelnen Schulstufen im Verhältnis zur durchschnittlichen Belastbarkeit der Schüler und auf die Förderungsbedürftigkeit der Schüler Bedacht zu nehmen.

(7) Bei Wegfall der Förderungsbedürftigkeit kann sich der Schüler von der weiteren Teilnahme am Förderunterricht abmelden. Im Zweifel bedarf die Abmeldung der Zustimmung des Schulleiters.

§ 33 Schulveranstaltungen

(1) Aufgabe der Schulveranstaltungen ist die Ergänzung des lehrplanmäßigen Unterrichtes durch unmittelbare und anschauliche Berührung zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben, durch die Förderung der musischen Anlagen der Schüler und durch die körperliche Erüchtigung.

(2) Die Schulbehörde kann durch Verordnung unter Bedachtnahme auf die Aufgaben der einzelnen Schularten festsetzen, welche Schulveranstaltungen in den einzelnen Schulstufen durchzuführen sind oder nach vorheriger Zustimmung der Schulbehörde durchgeführt werden können. Die Zahl der Schulveranstaltungen ist so zu bestimmen, daß die dadurch verursachte Einschränkung der Unterrichtszeit für die lehrplanmäßig vorgesehenen Unterrichtsgegenstände nicht die Erfüllung des Lehrplanes beeinträchtigt. Dabei sind auch die nach der Art der Schulveranstaltung erforderlichen Richtlinien für ihre Durchführung, insbesondere die zu beachtenden Sicherheitsvorkehrungen, festzulegen. Die durch die Schulveranstaltungen erzeugenden Kosten (Fahrpreise, Eintrittsgebühren usw.) müssen dem Grundsatz der Sparsamkeit und Angemessenheit entsprechen.

(3) Die Schüler sind zur Teilnahme an Schulveranstaltungen ohne Rücksicht darauf verpflichtet, ob die Veranstaltung innerhalb oder außerhalb der Schulliegenschaften stattfindet, sofern nicht:

a) die Vorschriften über das Fernbleiben von der Schule (§ 49) Anwendung finden oder
b) mit der Veranstaltung eine Nächtigung außerhalb des Wohntortes verbunden ist.

Lit. b findet keine Anwendung bei Veranstaltungen, die der Ergänzung des fachtheoretischen oder fachpraktischen Unterrichtes dienen.

(4) Schüler, die aus dem Grunde des Abs. 3 lit. b an einer Schulveranstaltung nicht teilnehmen, sind vom Schulleiter nach Möglichkeit einer anderen Klasse zu einem ersetzenen Schulbesuch zuzuweisen. Die Beurteilung der Erreichung des Lehrziels der betreffenden Schulstufe hat ohne Rücksicht auf die Nichtteilnahme an der Schulveranstaltung zu erfolgen.

§ 34 Unterrichtsmittel, Eignungserklärung

(1) Unterrichtsmittel sind Hilfsmittel, die der Unterstützung oder der Bewältigung von Teilaufgaben des Unterrichtes und zur Sicherung des Unterrichtsertrages dienen.

(2) Unterrichtsmittel müssen nach Inhalt und Form dem Lehrplan der betreffenden Schulstufe entsprechen und nach Material, Darstellung und sonstiger Ausstattung zweckmäßig und für die Schüler der betreffenden Schulstufe geeignet sein.

(3) Die Schulbehörde kann nach den Erfordernissen für die Erfüllung des Lehrplanes der einzelnen Schularten durch Verordnung bestimmen, mit welchen Unterrichtsmitteln eine Schule mindestens auszustatten ist (Grundausstattung mit Unterrichtsmitteln).

(4) Der Lehrer darf nur solche Unterrichtsmittel im Unterricht einsetzen, die nach dem Ergebnis seiner gewissenhaften Prüfung den Voraussetzungen nach Abs. 2 entsprechen oder von der Schulbehörde als für den Unterrichtsgebrauch geeignet erklärt worden sind (Abs. 5).

(5) Auf Antrag des Urhebers, Herausgebers, Verlegers oder Verstellers hat die Schulbehörde ein Unterrichtsmittel als für den Unterrichtsgebrauch geeignet zu erklären, wenn es die Voraussetzungen nach Abs. 2 entspricht. Die Eignungserklärung darf sich nicht auf Lesestoffe (Originaltexte der Literatur) oder auf Arbeitsmittel (Behälter zum Schreiben, Zeichnen, Messen, Rechnen und für den praktischen Unterricht sowie Fachskizzen) beziehen.

(6) Die Bestimmungen der vorstehenden Absätze finden keine Anwendung auf Unterrichtsmittel für den Religionsunterricht.

(7) Mit welchen Lesestoffen und Arbeitsmitteln die Schüler auszustatten sind, hat der Lehrer nach den Erfordernissen für die Erfüllung des Lehrplanes festzulegen, wobei er aus unterrichtskundlichen Gründen oder zum Zweck der Arbeitsvereinbarung auch Richtlinien hinsichtlich der Art, Größe und Ausstattung von Arbeitsmitteln geben kann.

(8) Bevor die Schulbehörde ein Unterrichtsmittel als für den Unterrichtsgebrauch geeignet erklärt (Abs. 5), hat
§ 35
Unterrichtssprache

(1) Unterrichtssprache ist die deutsche Sprache.

(2) Die Schulbehörde kann die Verwendung einer lebenden Fremdsprache als Unterrichtssprache für einzelne Klassen oder Unterrichtsgegenstände anordnen, wenn dies wegen der Zahl von fremdsprachigen Personen, die sich zur Erlangung einer land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung im Burgenland aufhalten, bzw. der Schulpflicht unterliegen (§ 4), oder wenn dies zur besseren Ausbildung in Fremdsprachen zweckmäßig erscheint. Die Bestimmung des § 101 Abs. 3 ist sinngemäß anzuwenden.

3. ABSCHNITT
UNTERRICHTSARBEIT UND SCHÜLERBEURTEILUNG

§ 36
Unterrichtsarbeit


§ 37
Leistungsbeurteilung

(1) Der Lehrer hat die Beurteilung der Leistungen der Schüler in den einzelnen Unterrichtsgegenständen durch ständige Beobachtung ihrer Mitarbeit im Unterricht sowie durch die in der Unterrichtsarbeit eingeordnete mündliche, schriftliche und praktische oder nach anderen Arbeitsformen ausgerichtete Leistungsfeststellungen zu gewinnen. Maßstab für die Leistungsbeurteilung sind die Forderungen des Lehrplanes unter Beachtung auf den jeweiligen Stand des Unterrichtes.

(2) Für die Beurteilung der Leistungen der Schüler sind folgende Beurteilungstufen (Noten) zu verwenden: Sehr gut (1), Gut (2), Befriedigend (3), Genügend (4), Nicht genügend (5).

(3) Durch die Noten ist die Selbständigkeit der Arbeit, die Erfassung und die Anwendung des Lehrstoffes, die Durchführung der Aufgaben und die Eigenständigkeit des Schülers zu beurteilen.

(4) Vorgetäuschte Leistungen sind nicht zu beurteilen.

(5) Das Verhalten des Schülers in der Schule (§ 40) darf in die Leistungsbeurteilung nicht einbezogen werden.

(6) Wenn die Leistungen von mehr als der Hälfte der Schüler bei einer schriftlichen oder graphischen Leistungs- feststellung mit „Nicht genügend“ zu beurteilen sind, so ist sie mit neuer Aufgabenstellung einmal wiederzuholen. Als Grundlage für die Beurteilung ist in diesem Falle jene Leistungsfeststellung heranzuziehen, bei der der Schüler die bessere Leistung erbracht hat.

(7) Die Leistungen von Schulpflichtigen, die gemäß § 27 Abs. 1 wegen mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache als außerordentliche Schüler aufgenommen worden sind, sind unter Berücksichtigung ihrer Sprachschwierigkeiten zu beurteilen.


§ 38
Information der Erziehungsberechtigten und der Lehrberichterstätigen


(2) Nach der ersten Hälfte des Unterrichtsjahres ist an den ganzzähligen Berufs- und Fachschulen für jeden Schüler eine Schulnachricht auszustellen. Die Schulnachricht hat die Noten des Schulers in den einzelnen Unterrichtsgegenständen sowie für das Verhalten in der Schule zu enthal-
ten. Für unverbindliche Übungen sind nur Teilnahmevermerke aufzunehmen.

(3) Wenn die Leistungen eines Schülers merklich nachlassen, hat der Lehrer des betreffenden Unterrichtsgegenstandes den Schulleiter davon in Kenntnis zu setzen und mit den Erziehungsberechtigten in geeigneter Weise Verbindung aufzunehmen.

(4) Wenn die Leistungen eines Schülers auf Grund der während des Unterrichtsjahres bisher erbrachten Leistungen bei größerer Gewichtung der zuletzt erbrachten Leistungen in der zweiten Hälfte des Unterrichtsjahres mit „Nicht genügend“ zu beurteilen waren, sind dessen Erziehungsberechtigte bis spätestens sechs Wochen vor Ende des Unterrichtsjahres hiervon nachweislich zu verständigen; ein Nachweis kann entfallen, sofern die Verständigung anläßlich einer Vorsprache eines Erziehungsberechtigten in der Schule erfolgt ist. Dies gilt für Berufsschulen mit der Maßgabe, daß die Verständigung auch an den Lehrberechtigten zu ergehen hat und an lehrgangs-
mäßigen Berufsschulen an die Stelle des Unterrichtsjahres der Lehrgang tritt und die Erziehungsberechtigten sowie die Lehrberechtigten spätestens drei Wochen vor Ende des Lehrganges zu verständigen sind; die Verständigungs-
pflicht besteht nicht an lehrgangsmaßigen Berufsschulen mit einer geringeren Dauer als acht Wochen.

(5) In den Fällen der vorstehenden Absätze treten an die Stelle der Erziehungsberechtigten bzw. der Lehrberechtigten die Schüler selbst, wenn sie eigenberechtigt sind.

(6) Die Verständigungen gemäß den Abs. 1 bis 5 haben ausschließlich Informationscharakter.

§ 39
Leistungsbeurteilung für eine Schulstufe

(1) Der Beurteilung der Leistungen eines Schülers in einem Unterrichtsgegenstand auf einer ganzen Schulstufe hat der Lehrer alle in dem betreffenden Unterrichtsjahr erbrachten Leistungen zugrunde zu legen, wobei dem zu-
letzt erreichten Leistungsstand das größere Gewicht zu-
zumessen ist.

(2) Wenn sich bei längerem Fernbleiben des Schülers vom Unterricht und in ähnlichen Ausnahmefällen auf Grund der nach § 37 Abs. 1 gewonnenen Beurteilung eine sichere Beurteilung für die ganze Schulstufe nicht treffen läßt, hat der Lehrer eine Prüfung durchzuführen, von der der Schüler zwei Wochen vorher zu verständigen ist (Fest-
stellungsprüfung).

(3) Wenn ein Schüler ohne eigenes Verschulden so viel vom Unterricht versäumt, daß die erfolgreiche Abliegung der Prüfung (Abs. 2) nicht zu erwarten ist, ist sie ihm vom Schulleiter von mindestens acht, höchstens zwölf Wochen — bei lehrgangsmaßigen Berufsschulen höchstens bis zum Beginn des nächsten der Schulstufe entsprechenden Lehrganges im nächsten Schuljahr — zu stunden (Nach-
tragsprüfung).

(4) Wenn ein Schüler an einer Fachschiule im prakti-
schen Unterricht mehr als das Achtfache der wöchentlichen Stundenzahl eines Pflichtgegenstandes in einem Unterrichtsjahr ohne eigenes Verschulden versäumt, ist ihm Ge-
legenheiten zu geben, die in diesem Pflichtgegenstand geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten durch eine Prüfung nachzuweisen, sofern er die Versäumnisse durch eine fach einschlägige praktische Tätigkeit nachgeholt hat. Ist das Nachholen dieser praktischen Tätigkeit während des Unterrichtsjahres nicht möglich, so hat dies in Form einer vierwöchigen fach einschlägigen Feriapraxis zu erfolgen; in diesem Fall kann die Prüfung zu Beginn des folgenden Schuljahres abgelegt werden. Bei schulhaftem Versäum-
nis des Unterrichtes im genannten Ausmaß oder bei Nicht-
ablegen der Prüfung ist der Schüler in diesem Pflichtge-
genstand für die betreffende Schulstufe nicht zu beurtei-
len.

(5) Über den Verlauf einer Feststellungsprüfung, einer Nachtragsprüfung und einer Prüfung gemäß Abs. 4 hat der Lehrer eine schriftliche Aufzeichnung zu führen.

(6) Frühstens zwei Wochen, spätestens eine Woche vor Ende des Unterrichtsjahres hat eine Klassenkonferenz stattzufinden, die über die Leistungsbeurteilung der Schüler zu beraten hat.

(7) Die Entscheidungen der Klassenkonferenz über die Nichtberechtigung zum Aufsteigen bzw. den nicht erfolg-
reichen Abschluß der letzten Stufe der besuchten Schul-
art sind innerhalb von drei Tagen unter Angabe der Gründe und Beifügung einer Rechtsmittelbelehrung zuzustellen.

(8) An lehrgangsmaßigen Berufsschulen sind die in den Abs. 6 und 7 vorgesehenen Beratungen und Entscheidun-
gen der Klassenkonferenz in der zweiten Hälfte der letzten Lehrgangswoche durchzuführen.

§ 40
Beurteilung des Verhaltens in der Schule

(1) Für die Beurteilung des Verhaltens des Schülers in der Schule sind folgende Beurteilungsstufen (Noten) zu verwenden: Sehr zufriedenstellend, Zufriedenstellend, We-
neg zufriedenstellend, Nicht zufriedenstellend.

(2) Durch die Noten für das Verhalten des Schülers in der Schule ist zu beurteilen, inwieweit sein persönliches Verhalten und seine Einordnung in die Klassengemein-
schaft den Anforderungen der Schulordnung entsprechen. Bei der Beurteilung sind die Anlagen des Schülers, sein Alter und sein Bemühren um ein ordnungsgemäßes Ver-
halten zu berücksichtigen.

(3) Die Beurteilung ist durch die Klassenkonferenz auf Antrag des Klassenvorstandes zu beschließen.

§ 41
Jahreszeugnis, Abschlußzeugnis, Schulbesuchsbestätigung

(1) Am Ende eines jeden Unterrichtsjahres, bei lehrgangsmaßigen Berufsschulen am Ende des Lehrganges, ist dem Schüler ein Jahreszeugnis über die betreffende Schulstufe auszustellen, soweit im Abs. 6 nicht anderes bestimmt ist.

(2) Das Jahreszeugnis hat insbesondere zu enthalten:
a) die Bezeichnung, Form bzw. Fachrichtung der Schulart und den Standort der Schule;
b) die Personalien des Schülers;
c) die besuchte Schulstufe und die Bezeichnung der Klasse:
d) die Unterrichtsgegenstände der betreffenden Schulstufe und die Beurteilung der darin erbrachten Leistungen;
e) die Beurteilung des Verhaltens des Schülers in der Schule und der äußeren Form der Arbeiten nach Maßgabe des § 40 Abs. 1;
f) die allfälligen Beurkundungen über
   aa) die Berechtigung zum Aufsteigen (§ 43),
   bb) die Zulässigkeit der Ablegung einer Wiederholungsprüfung (§ 42) oder der Wiederholung einer Schulstufe (§ 44),
   cc) die Beendigung des Schulbesuches wegen Über- schreitens der zulässigen Höchstdauer (§ 46 Abs. 2 lit. d);
g) die Feststellung, daß der Schüler der Schulstufe mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen hat, wenn er in mindestens der Hälfte der Pflichtgegenstände mit „Sehr gut“ und in den übrigen Pflichtgegenständen mit „Gut“ beurteilt wurde. Beurteilungen mit „Befriedigend“ hindern diese Feststellung nicht, wenn dafür gleich viele Beurteilungen mit „Sehr gut“ über die Hälfte der Pflichtgegenstände hinaus vorliegen;
h) im Falle der Beendigung der allgemeinen Schulpflicht eine diebezügliche Feststellung;
i) Ort und Datum der Ausstellung, Unterschrift des Schulleiters und des Klassenvorstandes, Rundsiegel der Schule.

(3) Für unverbindliche Übungen ist an Stelle einer Beurteilung nur ein Teilnahmevermerk in das Jahreszeugnis aufzunehmen. Desgleichen ist im Jahreszeugnis zu vermerken, wenn ein Schüler von der Teilnahme an einem Pflichtgegenstand befreit ist (§ 31 Abs. 3 und 5).

(4) Wenn einem Schüler gemäß § 39 Abs. 3 eine Prüfung gestundet worden ist, ist ihm ein vorläufiges Jahreszeugnis auszustellen, auf das die Bestimmungen des Abs. 2 lit. a bis e und i mit der Maßgabe anzuwenden sind, daß an die Stelle der Beurteilung in dem betreffenden Unterrichtsgegenstand der Vermerk über die Stundung der Prüfung zu treten hat. Nach Ablegung der Prüfung ist ein vorläufiges Jahreszeugnis einzuzeichnen und ein Jahreszeugnis im Sinne der Bestimmungen des Abs. 2 auszustellen.


(7) Die Gestaltung des Zeugnisformulares ist durch Verordnung der Schulbehörde nach den Erfordernissen der einzelnen Schularten zu bestimmen.

(8) Wenn ein Schüler aus einer Schule zu einem Zeitpunkt ausscheidet, in dem über das Ergebnis des Schulbesuches ein Jahreszeugnis noch nicht ausgestellt werden kann, ist ihm eine Schulbesuchsbestätigung auszustellen, die die Angaben nach Abs. 2 lit. a bis c und i sowie die Beurteilung der bis zu diesem Zeitpunkt vom Schüler erbrachten Leistungen zu enthalten hat.

(9) Außerordentlichen Schülern ist im Zeitpunkt ihres Ausscheidens bzw. am Ende eines jeden Unterrichtsjahres eine Schulbesuchsbestätigung über die Dauer ihres Schulbesuches bzw. über das Unterrichtsjahr auszustellen, die die Beurteilung ihrer Leistungen in den einzelnen Pflichtgegenständen enthält.

§ 42 Wiederholungsprüfung

(1) Wenn die Leistungen eines Schülers im Jahreszeugnis in einem oder zwei Pflichtgegenständen mit „Nicht genügend“ beurteilt worden sind, darf der Schüler zu Beginn des folgenden Schuljahres eine Wiederholungsprüfung ablegen. Macht ein Schüler, der gemäß § 43 Abs. 2 trotz der Note „Nicht genügend“ zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe berechtigt ist, von dieser Be- fügung Gebrauch, so bleibt die Berechtigung zum Aufstei- gen ohne Rücksicht auf die Beurteilung seiner Leistungen bei der Wiederholungsprüfung erhalten. Eine Wiederholungsprüfung ist nicht zulässig, wenn die Note auf dem Ergebnis einer Nachtragsprüfung (§ 39 Abs. 3) beruht.

(2) Die Wiederholungsprüfung darf im Falle eines Schulwechsels an der neuen Schule abgelegt werden. Die erfolgreiche Ablegung der Wiederholungsprüfung ist auf dem Jahreszeugnis zu vermerken.

(3) Eine Wiederholungsprüfung darf außer im Fall des Abs. 1 auch in einem oder zwei Freigegenständen, in de- nen der Schüler mit „Nicht genügend“ beurteilt worden ist, abgelegt werden.

(4) Die Prüfungen nach Abs. 1 bis 3 haben sich auf den Lehrstoff des betreffenden Unterrichtsgegenstandes auf der ganzen Schulstufe zu beziehen. Die Schulbehörde hat durch Verordnung nach der Art des Unterrichtsgegenstan- des festzusetzen, ob die Wiederholungsprüfung schriftlich oder mündlich, nur mündlich oder auch praktisch abzu- leiten ist.

4. ABSCHNITT
AUFSTEIGEN, WIEDERHOLEN VON SCHULSTUFEN, BEENDIGUNG DES SCHULBESUCHES

§ 43
Aufsteigen
(1) Ein Schüler ist zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe berechtigt, wenn das Jahreszeugnis in allen Pflichtgegenständen eine Beurteilung aufweist und in keinem Pflichtgegenstand die Note „Nicht genügend“ enthält.
(2) Ein Schüler ist ferner zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe berechtigt, wenn das Jahreszeugnis zwar in einem Pflichtgegenstand die Note „Nicht genügend“ enthält, aber
a) der Schüler nicht auch schon im Jahreszeugnis des vorhergegangenen Schuljahres in demselben Pflichtgegenstand die Note „Nicht genügend“ erhalten hat,
b) der betreffende Pflichtgegenstand in einer höheren Schulstufe lehrplanmäßig vorgesehen ist und
c) die Klassenkonferenz feststellt, daß der Schüler auf Grund seiner Leistungen in den übrigen Pflichtgegenständen die Voraussetzungen zur erfolgreichen Teilnahme am Unterricht der nächsthöheren Schulstufe im Hinblick auf die Aufgabe der betreffenden Schulart aufweist.
(3) Einem Zeugnis im Sinne der vorstehenden Absätze ist die erfolgreiche Ablegung einer Prüfung über den ausreichenden Erfolg der Teilnahme an einem gleichwertigen Unterricht im Sinne des § 5 Abs. 7 gleichzuleiten.

§ 44
Wiederholen von Schulstufen
(1) Wenn ein Schüler zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe (§ 43) nicht berechtigt ist, darf er die betreffende Schulstufe wiederholen, soweit im Abs. 3 nicht anderes bestimmt ist. Das gleiche gilt, wenn der Schüler die lehrplanmäßige letzte Schulstufe einer Schulart nicht erfolgreich abgeschlossen hat.
(2) Auf Ansuchen des Schülers hat die Schulbehörde nach Einholung einer Stellungnahme der Klassenkonferenz die Wiederholung einer Schulstufe durch einen Schüler, der zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe berechtigt ist (§ 43), zu bewilligen, wenn die Aufholung eines Leistungsrückstandes, der aus entwicklungs- und milieubedingten oder aus gesundheitlichen Gründen entstanden ist, ermöglicht werden soll und die Einordnung des Schülers in die neue Klassengemeinschaft zu erwarten ist. Eine solche Wiederholung darf während des gesamten Bildungsganges eines Schülers nur einmal bewilligt werden; ferner sind die Bestimmungen des Abs. 3 anzuwenden. Dem Schüler ist über die wiederholte Schulstufe ein Jahreszeugnis auszustellen. Die Berechtigung des Schülers zum Aufsteigen richtet sich nach diesem Jahreszeugnis, es sei denn, daß das vor der Wiederholung der Schulstufe angestellte für ihn günstiger ist.
(3) Wenn ein Schüler im Falle der Wiederholung der Schulstufe die nach § 45 zulässige Höchstdauer des Schulbesuches überschreitet, darf er die betreffende Schulstufe nicht wiederholen.

§ 45
Höchstdauer des Schulbesuches
(1) Der Besuch der Berufsschule ist längstens bis zum Ende des Unterrichtsjahres zulässig, in dem das Lehrer-oder Arbeitsverhältnis endet.
(2) Zum Abschluß einer Fachschule mit einer bis vier Schulstufen darf ein Schüler höchstens um ein Schuljahr länger benötigen, als der Zahl der Schulstufen entspricht.

§ 46
Beendigung des Schulbesuches
(1) Ein Schüler hört auf, Schüler einer Schule zu sein, wenn er die lehrplanmäßige letzte Schulstufe abgeschlossen hat. Wenn ein Schüler zur Wiederholung der lehrplanmäßigen letzten Schulstufe berechtigt ist (§ 44) und von diesem Recht Gebrauch macht, bleibt er bis zum Abschluß der Wiederholung weiterhin Schüler.
(2) Ein Schüler hört schon vor dem im Abs. 1 genannten Zeitpunkt auf, Schüler einer Schule zu sein
a) in der Fachschule mit dem Zeitpunkt des Einlangens seiner schriftlichen Abmeldung vom Schulbesuch beim Schulleiter, sofern darin nicht ein späterer Endtermin des Schulbesuches genannt wird;
b) in der Berufsschule mit der Beendigung der Schulpflicht (§§ 4 und 5), sofern die Berufsschule nicht gemäß § 45 Abs. 1 weiterbesucht wird;
c) mit dem ungenützten Ablauf der einwöchigen Frist seit der Zustellung einer schriftlichen Aufforderung zur Rechtfertigung gemäß § 49 Abs. 7;
d) mit dem Zeitpunkt, in dem feststeht, daß ein Schüler im Falle des Weiterbesuches die gemäß § 45 zulässige Höchstdauer des Schulbesuches überschreitet;
e) mit dem Eintritt der Rechtskraft eines Ausschlusses (§ 53) oder einer gänzlichen Befreiung vom Schulbesuch (§ 6).
(3) Der Zeitpunkt und der Grund der Beendigung des Schulbesuches sind auf dem Jahreszeugnis (§ 41 Abs. 1), wenn jedoch das Ende des Schulbesuches nicht mit dem Abschluß einer Schulstufe zusammenfällt, auf der Suchebestätigung (§ 41 Abs. 8) ersichtlich zu machen.
(4) Wenn ein Schüler den Besuch einer Fachschule gemäß Abs. 2 lit. d beendet, darf er in eine Schule gleicher Fachrichtung nicht aufgenommen werden.

5. ABSCHNITT
SCHULORDNUNG

§ 47
Pflichten der Schüler
Die Schüler sind verpflichtet, durch ihre Mitarbeit und ihre Einordnung in die Gemeinschaft der Klasse und der Schule mitzuwirken, die Aufgabe der Berufs- oder Fachschule zu erfüllen und die Unterrichtsarbeit zu fördern. Sie haben den Unterricht während der vorgeschriebenen Schulzeit regelmäßig und pünktlich zu besuchen, auch am Unterricht in den Freizeitständen und unverbindlichen Übungen, für die sie angemeldet sind, regelmäßig teilzunehmen, sich an den verpflichtend vorgeschriebenen Schulveranstaltungen zu beteiligen und die notwendigen Unterrichtsmittel mitzubringen.
§ 48
Schulordnung und Hausordnung

Die Schulbehörde hat durch Verordnung die näheren Vorschriften über das Verhalten der Schüler in der Schule, im Schülerheim und bei Schulveranstaltungen, über Maßnahmen zur Sicherheit der Schüler in der Schule, im Schülerheim und bei Schulveranstaltungen sowie zur Er- möglichung eines ordnungsgemäßen Schul- bzw. Heimbei- trektes auf Grund der Bestimmungen dieses Abschnittes und unter Bedachtnahme auf das Alter der Schüler, die Schulart sowie die der Schule obliegenden Aufgaben zu erlassen. Die Schulkonferenz kann darüber hinaus, so weit es die besonderen Verhältnisse erfordern, eine Hausordnung erlassen; sie ist der Schulbehörde zur Kenntnis zu bringen und durch Anschlag in der Schule kundzumachen.

§ 49
Fernbleiben von der Schule

(1) Das Fernbleiben vom Unterricht ist nur zulässig:
   a) bei gerechtfertigter Verhinderung (Abs. 2 bis 4);
   b) bei Erlaubnis zum Fernbleiben (Abs. 5 und 6);
   c) bei Befreiung von der Teilnahme an einzelnen Unter- richtsgegenständen (§ 31 Abs. 3 und 5).

(2) Eine gerechtfertigte Verhinderung ist insbeson- dere:
   a) Krankheit des Schülers;
   b) mit der Gefahr der Übertragung verbundene Krankheit von Angehörigen der Wohngemeinschaft der Schüler;
   c) Krankheit der Eltern oder anderer Angehöriger, wenn sie vorübergehend der Hilfe des Schülers unbedingt bedürfen;
   d) außergewöhnliche Ereignisse im Leben, in der Familie oder im Hauswesen des Schülers;
   e) Ungangbarkeit des Schulwegs oder schlechte Witte- rung, wenn die Gesundheit des Schülers dadurch gefährdet ist;
   f) ein Beschäftigungsverbot im Sinne der Bestimmungen über den Mutterschutz.


(4) Die Verwendung von Schülern zu häuslichen, land- wirtschaftlichen oder sonstigen Arbeiten ist, soweit nicht Abs. 2 lit. d in Betracht kommt, nicht als Rechtfertigung für eine Verhindierung anzusehen.


(6) Auf Ansuchen des Schülers kann im übrigen die Erlaubnis zum Fernbleiben aus begründetem Anlaß für einzelne Stunden bis zu einem Tag der Schulleiter, dar- über hinaus jedoch nur die Schulbehörde erteilen.

(7) Wenn ein Schüler einer Fachschule länger als eine Woche dem Unterricht fernbleibt, ohne das Fernbleiben zu rechtfertigen (Abs. 3) und auch auf schriftlichen Auflösungen hin eine Mitteilung binnen einer weiteren Wo- che nicht eintritt, so gilt der Schüler als vom Schulbe- such abgemeldet (§ 46 Abs. 2 lit. c). Die Wiederaufnah- me des Schulers ist nur mit Bewilligung der Schulbehör- de zulässig, die nur dann zu erteilen ist, wenn das Fern- bleiben und die Unterlassung der Mitteilung an die Schule nachträglich gerechtfertigt wird.

§ 50
Sammelungen in der Schule, Teilnahme an schulfremden Veranstaltungen


§ 51
Mitwirkung der Schule an der Erziehung

(1) Im Rahmen der Mitwirkung der Schule an der Er- ziehung der Schüler hat der Lehrer in seiner Unterrichts- und Erziehungsarbeit die der Erziehungs situation ange- messenen persönlichkeits- und gemeinschaftsbildenden Erziehungsmittel anzuwenden, die insbesondere Anerken- nung, Aufforderung, Zurechtweisung oder erzieherisch ver- tretbare Einzelstrafen sein können. Diese Maßnahmen kön- nen auch vom Klassenvorstand und vom Schulleiter in be- sonderen Fällen auch von der Schulbehörde ausgesprochen werden.

(2) Wenn es aus erzieherischen Gründen oder zur Auf- rechterhaltung der Ordnung notwendig erscheint, kann der Schulleiter einen Schüler in eine Parallelklasse, bei lehrgangsmaßigen Berufsschulen auch in einen anderen Lehrgang versetzen. Wenn mit einer solchen Maßnahme nicht das Auslassen gefunden werden kann, kann die Schulkonferenz die Stellung eines Antrages auf Ausschuß des Schülers (§ 53 Abs. 2) erheben.
(3) Körperliche Züchtigung, beleidigende Äußerungen und Kollektivstrafen sind verboten.

(4) Im Rahmen der Mitwirkung an der Erziehung kann das Verhalten des Schülers außerhalb der Schule berücksichtigt werden; hierbei dürfen nur Maßnahmen gemäß Abs. 1 und § 52 gesetzt werden. Eine Bestrafung für ein Verhalten, das Anlaß zu Maßnahmen der Erziehungsberechtigten, der Jugendwohlfahrtsbehörden, sonstiger Verwaltungsbehörden oder der Gerichte ist, ist unzulässig.

§ 52
Verständigungspflichten der Schule

Wenn es die Erziehungs situation eines Schülers erfordert, haben der Klassenlehrer oder der Schulleiter das Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten zu pflegen. Wenn die Erziehungsberechtigten ihre Pflichten offenbar nicht erfüllen, hat der Schulleiter das zuständige Pflegschaftsgericht (Vormundschaftsgericht), falls voraussichtlich die Voraussetzungen zur Anordnung der Erziehungshilfe nach § 25 des Burgenländischen Jugendwohlfahrts gesetzes, LGBL. Nr. 2/1958 in der jeweils geltenden Fassung, gegeben sind, die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde (Jugendamt) zu verständigen. Das zuständige Pflegschaftsgericht (Vormundschaftsgericht) ist ferner zu verständigen, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Schule durch die Un einigkeit der Erziehungsberechtigten gefährdet erscheint.

§ 53
Ausschluß eines Schülers

(1) Wenn ein Schüler seine Pflichten (§ 47) in schwerwiegender Weise verletzt und die Anwendung von Erziehungs mitteln (§ 51) erfolglos bleibt, oder wenn das Ver halten eines Schülers eine dauernde Gefährdung anderer Schüler hinsichtlich ihrer Sittlichkeit, körperlichen Sicherheit oder ihres Eigentums darstellt, ist der Schüler von der Schule auszuschließen.


(3) Die Schulführung hat bei Gefahr im Verzug auszusprechen, daß der Schüler vom weiteren Schulbesuch suspendiert wird. Die Suspendierung darf mit höchstens vier Wochen gemessen werden; sie ist unverzüglich aufzuheben, sobald sich im Zuge des Verfahrens ergibt, daß die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht oder nicht mehr gegeben sind. Der Schüler ist berechtigt, sich während der Suspendierung über den durchgekommenen Lehrstoff regelmäßig zu informieren. Am Ende eines Unterrichtsjahres ist dem Schüler Gelegenheit zur Ablegung einer Feststellungsprüfung gemäß § 39 Abs. 2 zu geben, soweit eine Beurteilung wegen der Dauer der Suspendierung sonst nicht möglich wäre.

(4) Die Schulführung hat nach Durchführung des Er mittlungsverfahrens die Beendigung des Ausschlußver fahreens festzustellen, wenn die Voraussetzungen im Sinne des Abs. 1 für einen Ausschluß nicht vorliegen. Sie kann zugleich dem Schüler eine Rüge erteilen oder eine Maß nahme nach § 51 Abs. 2 anordnen, wenn sein Verhalten zwar einen Ausschluß nicht begründet, er aber sonst gegen seine Pflichten verstoßen hat. Andernfalls hat die Schulführung den Ausschluß des Schülers mit Bescheid auszusprechen.

(5) Der Ausschluß kann sich auf die betreffende Schule oder auf alle Schulen in einem näher zu bestimmenden Umkreis erstrecken. Von den verschiedenen Formen des Ausschlusses ist jeweils nur eine Form auszusprechen, mit der der angestrebte Sicherungs zweck im Sinne des Abs. 1 bereits erreicht werden kann.

(6) Im Falle eines Ausschlusses ist die Aufnahme in eine Schule, auf die sich der Ausschluß erstreckt, weder als ordentlicher noch als außerordentlicher Schüler zulässig.

(7) Der rechtskräftige Ausschluß kann von der Schulbehörde auf Antrag des Schülers eingeschränkt oder aufgehoben werden, wenn und soweit die Gründe für seine Verhängung wegfallen oder der Sicherungszweck auf andere Weise erreicht werden kann.

(8) Mit dem Ausschluß aus der Schule ist der Ausschluß aus dem Schülerheim verbunden. Die Schulführung kann unter Bedachtnahme auf Abs. 1 auch nur den Ausschluß aus dem Schülerheim aussprechen; die Bestimmungen der Abs. 2 bis 7 sind sinngemäß anzuwenden.

§ 54
Anwendung auf außerordentliche Schüler

Die Bestimmungen der §§ 47 bis 53 sind auf außer ordentliche Schüler sinngemäß anzuwenden.

6. ABSCHNITT
FUNKTIONEN DES LEHRERS, LEHRERKONFERENZEN

§ 55
Lehrer


(3) Der Lehrer hat nach der jeweiligen Diensteinteilung die Schüler in der Schule auch 15 Minuten vor Beginn des Unterrichtes, in den Unterrichtspausen — ausgenommen die zwischen dem Vormittags- und dem Nachmittags un terricht liegende Zeit — und unmittelbar nach Beendigung des Unterrichtes beim Verlassen der Schule sowie bei allen Schulveranstaltungen innerhalb und außerhalb des Schulhauses zu beaufsichtigen, soweit dies nach dem Al
ter und der geistigen Reife der Schüler erforderlich ist. Hiebei hat er insbesondere auf die körperliche Sicherheit und auf die Gesundheit der Schüler zu achten und Gefahren nach Kräften abzuwehren.

§ 56
Kustos, Leiter von Werkstätten oder Lehr- und Versuchsbetrieben


(2) Der Schulleiter hat erforderlichenfalls auch Lehrer mit der Verwaltung der Werkstätten oder des Lehr- und Versuchs- betriebes oder einzelner Betriebsabzweige zu betrauen. Die betrauten Lehrer haben für die Betriebsführung, den geordneten Ausbildungsablauf im praktischen Unterricht in der Werkstätte sowie im Lehr- und Versuchsbetrieb (Betriebszweig) und für die Beschaffung der erforderlichen Materialien zu sorgen. Die ihnen im einzelnen obliegenden Pflichten sind durch Dienstanweisung der Schulbehörde festzulegen.

§ 57
Klassenvorstand

(1) Der Schulleiter hat für jede Klasse einen Lehrer dieser Klasse als Klassenvorstand zu bestellen.

(2) Dem Klassenvorstand obliegt für seine Klasse in Zusammenarbeit mit den anderen Lehrern die Koordinierung der Erziehungsarbeit, die Abstimmung der Unterrichts- und Erziehungsaufgaben des Unterrichts und der Schulbehörde festgelegt ist.

§ 58
Schulleiter

(1) Der Schulleiter ist zur Besorgung aller Angelegenheiten nach den Bestimmungen der §§ 22 bis 74 zuständig, sofern in diesen nicht die Zuständigkeit anderer schulischer Organe oder der Schulbehörde festgelegt ist.

(2) Der Schulleiter hat die Lehrer in ihrer Unterrichts- und Erziehungsaufgaben zu beraten und sich vom Stand des Unterrichts und von den Leistungen der Schüler regelmäßig zu überzeugen.

(3) Außer den ihm aufgetragenen Aufgaben des Unterrichtes, der Erziehung und Verwaltung hat er für die Einhaltung der Rechtsvorschriften und der Weisungen der Schulbehörde sowie für die Führung der Amtsschriften der Schule und die Ordnung in der Schule zu sorgen. Er hat für die Beaufsichtigung der Schüler im Sinne des § 55 Abs. 3 eine Dienstleistung zu treffen und dem Schulleiter wahrgenommene Mängel der Schullegenschaften und ihrer Einrichtungen zu melden.

(4) Pflichten, die dem Schulleiter auf Grund von andern, insbesondere von dienstrechtlichen Vorschriften obliegen, bleiben unberührt.

(5) In Schulen, an denen ein ständiger Stellvertreter des Schulleiters bestellt ist, hat dieser den Schulleiter bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Die ihm im einzelnen obliegenden Pflichten sind durch Dienstanweisung der Schulbehörde festzulegen.

§ 59
Lehrerkonferenzen

(1) Lehrerkonferenzen sind die Schulkonferenz und die Klassenkonferenz.

(2) Die Lehrer einer Schule bilden unter dem Vorsitz des Schulleiters die Schulkonferenz, die Lehrer einer Klasse unter dem Vorsitz des Klassenvorstandes die Klassenkonferenz.

(3) Die Lehrerkonferenzen sind zur Erfüllung der ihnen durch die Rechtsvorschriften übertragenen Aufgaben oder zur Beratung gemeinsamer Fragen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit oder zur beruflichen Fortbildung der Lehrer durchzuführen.


(5) Der Schulleiter (Klassenvorstand) ist verpflichtet, Lehrerkonferenzen einzuberufen, wenn dies ein Drittel der für die Teilnahme an den Lehrerkonferenzen jeweils in Betracht kommenden Lehrer (Abs. 2) verlangt. In diesen Fällen ist die im Abs. 4 vorgesehene Zustimmung zu erteilen. Der Schulleiter (Klassenvorstand) ist ferner verpflichtet, in den Lehrerkonferenzen jene Angelegenheiten zu beraten, deren Behandlung von einem Drittel der für die Teilnahme an den Lehrerkonferenzen jeweils in Betracht kommenden Lehrer (Abs. 2) verlangt wird.


(8) Die Klassenkonferenzen für mehrere Klassen können auch in der Weise abgehalten werden, daß die Lehrer in Betracht kommenden Klassen eine gemeinsame Sitzung abhalten, wobei aber bei der Beratung der Angelegenheiten einer Klasse nur die Lehrer dieser Klasse Stimmrecht haben.
7. ABSCHNITT
SCHULE UND SCHÜLER, SCHULE UND ERZIEHUNGS-BERECHTIGTE, SCHULGEMEINSCHAFT

§ 60
Schülerverwaltung

(1) Die Schüler einer Schule haben das Recht der Schülerverwaltung in Form der Vertretung ihrer Interessen und der Mitgestaltung des Schullebens. Die Schüler haben sich bei dieser Tätigkeit von der Aufgabe der Schule leiten zu lassen.

(2) Im Rahmen der Interessenvertretung gegenüber den Lehrern, dem Schulleiter und der Schulbehörde stehen den Schülern folgende Rechte zu:

a) Mitwirkungsrechte:
   das Recht auf Anhörung,
   das Recht auf Information,
   das Recht auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen,
   das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung des Unterrichts im Rahmen des Lehrplanes,
   das Recht auf Beteiligung an der Wahl der Unterrichtsmittel;

b) Mitbestimmungsrechte:
   das Recht auf Mitentscheidung bei der Erstellung der Haus- und Heimordnung,
   das Recht auf Mitentscheidung bei der Anwendung von Erziehungsmitteln gemäß § 51 Abs. 2,
   das Recht auf Mitentscheidung bei der Antragstellung auf Ausschluß eines Schülers.

Die Festsetzung des Umfanges der Mitwirkungsrechte und der Mitbestimmungsrechte der Schüler steht dem Schulgemeinschaftsausschuß zu (§ 65).

(3) Im Rahmen der Mitgestaltung haben die Schüler gemeinsam jene Aufgaben wahrzunehmen, die über die Mitarbeit des einzelnen Schülers hinausreichen. Als solche kommen Vorhaben in Betracht, die der politischen, staatsbürgerlichen und kulturellen Bildung der Schüler im Sinne demokratischer Grundsätze dienen, ihr soziales Verhalten entwickeln und festigen und ihren Neigungen entsprechende Betätigungsmöglichkeiten in der Freizeit bieten.

(4) Veranstaltungen der Schülerverwaltung (Abs. 3) unterliegen nicht der Aufsichtspflicht des Lehrers (des Schulleiters). Die Befugnis der Lehrer (des Schulleiters), an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, wird davon nicht berührt.

§ 61
Schülervertreter, Wahl und Abberufung, Versammlung der Schülervertreter


(2) Schülervertreter im Sinne des Abs. 1 sind:
   a) der von den Schülern einer Klasse zu wählende Klassensprecher;
   b) der von den Klassensprechern einer Schule zu wählende Schul sprecher.

Die in lit. a und b genannten Schülervertreter werden im Falle ihrer Verhinderung jeweils von ihren Stellvertretern vertreten. Bei einklassigen Schulen ist der Klassensprecher (dessen Stellvertreter) zugleich Schulsprecher; Abs. 3 ist in diesem Fall nicht anzuwenden.


(4) Die Festsetzung des Wirkungsbereiches der Schülervertreter steht dem Schulgemeinschaftsausschuß zu (§ 65).

(5) Wahlaber zum Klassensprecher (dessen Stellvertreter) ist jeder Schüler der betreffenden Klasse, zum Schulsprecher (dessen Stellvertreter) jeder Schüler der Schule. Der Schulgemeinschaftsausschuß (§ 65) hat einem Schüler die Wahlbarkeit abzuerkennen, wenn er wegen eines schwerwiegenden ordnungswidrigen Verhaltens oder wegen Gefährdung seines erfolgreichen Abschlusses der betreffenden Schulstufe zur Erfüllung der Aufgaben eines Schülervertreters ungeeignet erscheint.


(7) Gewählt ist, wer die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Erreicht keiner der Vorgeschlagenen die unbedingte Mehrheit, so hat zwischen jenen beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, eine Stichwahl stattzufinden. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.


(9) Bei Ausscheiden eines Schülervertreters aus seines Seins Funktion sind unverzüglich Neuwahlen durchzuführen. Die Funktion des neugewählten Schülervertreters dauert bis zur nächsten gemäß Abs. 6 durchzuführenden Wahl.

§ 62
Erziehungsberechtigte, Pflichten der Erziehungsberechtigten

(1) Unter den Erziehungsberechtigten im Sinne dieses Gesetzes sind die Personen zu verstehen, denen im Ein-
zeln nach bürgerlichem Recht das Erziehungsrecht zu-
steht.

(2) Steht das Erziehungsrecht hinsichtlich eines Schü-
lers mehr als einer Person zu, so ist jeder von ihnen mit
Wirkung auch für den anderen handlungsbeauftragt.

(3) Die Erziehungsberechtigten haben die Unterrichts-
und Erziehungsarbeit der Schule zu unterstützen, nach
Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit die Schüler mit den er-
forderlichen Unterrichtsmitteln auszustatten, sofern diese
nicht beigestellt werden, und auf die gewissenhafte Erfül-
lung der sich aus dem Schulbesuch ergebenden Pflichten
des Schülers hinzuwirken sowie zur Förderung der Schul-
gemeinschaft beizutragen.

(4) Die Erziehungsberechtigten haben die für die Füh-
rungr der Amtsschriften der Schule erforderlichen Doku-
mente vorzulegen und Auskünfte zu geben sowie erheb-
liche Änderungen dieser Angaben unverzüglich der Schule
mitzuteilen.

§ 63
Beratung zwischen Lehrern und Erziehungsberechtigten
Lehrer und Erziehungsberechtigte haben eine möglichst
enge Zusammenarbeit in allen Fragen der Erziehung und
des Unterrichtes der Schüler zu pflegen. Zu diesem Zweck
sind Einzelaussprachen und gemeinsame Beratung zwi-
ischen Lehrern und Erziehungsberechtigten über Fragen
der Erziehung, den Leistungsstand, den geeignetsten Bil-
dungsweg und der Schulgesundheitspflege durchzuführen.

§ 64
Elternvereine
(1) Die Schulleiter haben die Errichtung und die Tätig-
keit von Elternvereinen zu fördern, die satzungsgemäß
allen Erziehungsberechtigten von Schülern der betreffen-
den Schule zugänglich sind.

(2) Die Organe des Elternvereines können dem Schul-
leiter und dem Klassenvorstand Vorschläge, Wünsche
und Beschwerden mitteilen; der Schulleiter hat das Vor-
bringen des Elternvereines zu prüfen und mit den Orga-
nen des Elternvereines zu besprechen.

§ 65
Schulgemeinschaftsausschuß
(1) Zur Förderung und Festigung der Schulgemeinschaft
ist, ausgenommen für Lehrgänge mit einer Dauer unter
acht Wochen, in jeder Schule ein Schulgemeinschaftsaus-
schuß zu bilden.

(2) Dem Schulgemeinschaftsausschuß gehören der
Schulleiter und je drei Vertreter der Lehrer und der Schü-
lern sowie, wenn dies die Erziehungsberechtigten von 20
vH der Schüler verlangen, drei Vertreter der Erziehungsberech-
tigten an. Das Verlangen hat für ein Schuljahr, bei
lehrgangsüblichen Berufsschulen für einen Lehrgang Gülti-
tigkeit.

(3) Die Vertreter der Lehrer sind von der Schulkonfe-
renz aus dem Kreis der an der betreffenden Schule tätigen
Lehrer innerhalb der ersten zwei Monate eines jeden Un-
terrichtsjahres, bei lehrgangsüblichen Berufsschulen inner-
halb der ersten Woche eines Lehrganges, für die Zeit bis
durch den nächsten Wahl zu bestimmen.

(4) Die Vertreter der Schüler sind der Schulsprecher
sowie dessen Stellvertreter.

(5) Die Vertreter der Erziehungsberechtigten sind von
den Erziehungsberechtigten der Schüler der betreffenden
Schule aus deren Kreis in gleich, unmittelbarer, geheim-
mer und persönlicher Wahl unter der Leitung des Schul-
leiters zu wählen; hierbei sind die Bestimmungen des
Abs. 3 sowie des § 61 Abs. 7 sinngemäß anzuwenden.

Besteht an der Schule ein Elternverein, so sind die Ver-
treter der Erziehungsberechtigten jedoch von diesem zu
entnehmen; bestehen an einer Schule mehrere Elternver-
eine, so ist nach dem ersten Satz vorzugehen.

(6) Dem Schulgemeinschaftsausschuß stehen zu:

a) die Beratung insbesondere über
aa) wichtige Fragen des Unterrichtes,
bb) wichtige Fragen der Erziehung,
cc) Fragen der Planung von Schulveranstaltungen (ins-
bondere von Wandertagen und Schulachsikursen),
dd) die Durchführung von Elternsprechtagen,
e) die Durchführung von Sammlungen,
ff) die Durchführung von Veranstaltungen der Schul-
beratung,
gg) Fragen der Schulgesundheitspflege,
hh) Vorhaben, die der Mitgestaltung des Schullebens
dienen (§ 60 Abs. 3);

b) die Festsetzung des Umfanges der Mitwirkungs-
und Mitbestimmungsrechte der Schüler (§ 60 Abs. 2) und
die Festsetzung des Wirksamkeitsbereiches der Schüler-
vertreter (§ 61 Abs. 4);

c) die Akkreditierung der Wahlbarkeit eines Schülers zum
Schülervertreter (§ 61 Abs. 5).

(7) Die Einberufung des Schulgemeinschaftsausschus-
bes obliegt dem Schulleiter. Ein Drittel der Mitglieder
kann die Einberufung des Schulgemeinschaftsausschusses
unter gleichzeitiger Einbringung eines Antrages auf Be-
handlung einer der im Abs. 6 genannten Angelegenheiten
verlangen. In den Fällen des Abs. 6 lit. a subl. h, lit.
b und c können ein solches Verlangen nur die Mitglieder
stellen, denen in diesen Fällen beschließende Stimme
zukommt. Die Frist für die Einberufung beträgt zwei Wo-
chen, gerechnet von dem Zeitpunkt, an dem das Verlan-
gen gestellt wurde. Der Schulleiter ist berechtigt, auch
ohne Verlangen auf Einberufung den Schulgemeinschafts-
ausschuß einzuberufen, sofern eine der im Abs. 6 genann-
ten Angelegenheiten zu behandeln ist.

(8) Den Vorsitz im Schulgemeinschaftsausschuß führt
der Schulleiter oder ein von ihm namhaft gemacht Vertre-
ter.

(9) Die Festsetzungen nach Abs. 6 lit. b und die Ent-
scheidung nach Abs. 6 lit. c unterliegen der Beschlußfas-
sung des Schulgemeinschaftsausschusses; desgleichen
die Abgabe vom Empfehlungen und Stellungnahmen in den
im Abs. 6 lit. a genannten Angelegenheiten.

(10) Jedem Mitglied der im Schulgemeinschaftsaus-
schuß vertretenen Gruppen (Lehrer, Schüler, Erziehungs-
berechtigte) kommt eine beschließende Stimme zu; dem
Schulleiter kommt in allen Fällen des Abs. 6, den Erzie-
hungsberechtigten in den Fällen des Abs. 6 lit. a subl.
hh, lit. b und lit. c nur beratende Stimme zu. Stimmengleichheit ist unzulässig. Eine Übertragung der Stimme auf eine andere Person ist unzulässig und unwirksam.

(11) Der Schulgemeinschaftsausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder mit beschließender Stimme und mindestens je ein Mitglied der im Ausschuß vertretenen Gruppen (Lehrer, Schüler, Erziehungsberechtigte) anwesend sind. In den Fällen des Abs. 6 lit. a sublit. hh, lit. b und lit. c bleibt für die Beschlußfähigkeit die Anwesenheit von Vertretern der Erziehungsberechtigten außer Betracht. Für einen Beschluß ist die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgewiesen.

(12) Der Schulleiter hat mit der Durchführung eines Beschlusses in den Fällen des Abs. 6 lit. a sublit. hh, hh, lit. b und lit. c innezuhalten, wenn er ihn für rechtswidrig hält, und die Weisung der Schulbehörde einzuhalten.

§ 66
Erweiterte Schulgemeinschaft


§ 67
Schulärztliche Betreuung

(1) Schulärzte haben die Aufgabe, die Lehrer in gesundheitlichen Fragen der Schüler, soweit sie den Unterricht, den Schulbesuch und den damit angestrebten Beruf betreffen, zu beraten und die hierfür erforderlichen Untersuchungen der Schüler durchzuführen.


(3) Insoweit bei Lehrerkonferenzen Angelegenheiten des Gesundheitszustandes von Schülern oder Fragen der Gesundheitserziehung behandelt werden, sind die Schulärzte zur Teilnahme an den Lehrerkonferenzen mit beratender Stimme einzuladen.

(2) Der nicht eigenberechtigte Schüler (Aufnahmewerber) ist zum selbständigen Handeln in nachstehenden Angelegenheiten befugt, sofern die Erziehungsberechtigten die Handlungsfähigkeit nicht durch Erklärung der Schule gegenüber einschränken:

a) Ansuchen um Bewilligung zur Ablegung einer Eignungsprüfung zu einem späteren Zeitpunkt als dem Sommertermin (§ 22 Abs. 3);

b) Verlangen auf Ausstellung eines Zeugnisses gemäß § 24 Abs. 3;

c) Ansuchen um Anrechnung des als außerordentlicher Schüler zurückgelegten Schulbesuches als ordentlichen Schulbesuch (§ 27 Abs. 6);

d) Wahl zwischen alternativen Pflichtgegenständen und Ansuchen um Befreiung von der Teilnahme an einzelnen Pflichtgegenständen (§ 31 Abs. 1, 3 und 4);

e) Anmeldung zur und Abmeldung von der Teilnahme an Freigegenständen, unverbindlichen Übungen oder am Förderunterricht (§ 32 Abs. 1, 3 bis 5 und 7);

f) Ansuchen um Stundung der Feststellungsprüfung (§ 39 Abs. 3);


(4) In den Fällen, in denen die Erziehungsberechtigten von der Befugnis des Abs. 2 und 3 Gebrauch machen, erstreckt sich ihre Handlungsbeauftragung auch auf die Einbringung von Rechtsmitteln im Verwaltungsverfahren und von Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof.

§ 69
Verfahren

(1) Die Schulbehörde hat in den auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes von ihr durchzuführenden Verwaltungsverfahren das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1950 anzuwenden, sofern nicht in den §§ 71 Abs. 2 bis 4, 73 Abs. 3 und 4 sowie 74 abweichende Regelungen getroffen werden.

(2) Soweit Verwaltungsverfahren auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes von anderen Organen als
der Schulbehörde (Schulleiter, Lehrerkonferenz, Prüfungs-
kommission) durchzuführen sind, gelten die Regelungen
gemäß Abs. 3.
(3) In den nachstehend angeführten Angelegenheiten
sind in Verfahren die Bestimmungen der §§ 70, 71 Abs. 1,
72 und 73 Abs. 1 und 2 anzuwenden:
a) Zulassung zu Eignungsprüfungen (§ 22);
b) Aufnahme in die Schule (§§ 26 bis 28);
c) Besuch von Pflichtgegenständen (§ 31);
d) Besuch von Freiegenständen, unverbindlichen Übun-
gen und Förderunterricht (§ 32);
e) Stundung von Feststellungsprüfungen (§ 39 Abs. 3);
f) Fernbleiben von der Schule (§ 49 Abs. 6);
g) Versetzung in eine Parallelklasse oder einen anderen
Lehrgang (§ 51 Abs. 2).

§ 70
Parteien, Ermittlungsverfahren, Bescheidaufstellung
(1) Parteien im Sinne dieses Gesetzes sind die Erzie-
hungsberechtigten bzw. Schüler, über deren Ansehen
oder sonstige rechtliche Interessen abzusprechen ist.
(2) Vor der Erlassung eines Bescheides ist der Sach-
verhalt, soweit er nicht offenkundig ist, durch Beweise
festzustellen. Den Parteien ist, wenn ihrem Ansehen
nicht vollinhaltlich stattgegeben werden soll, Gelegenheit
der Stellungnahme zu den Sachverhaltsfeststellungen
die vergeben.
(3) Der Bescheid kann den Parteien mündlich verkündet
oder schriftlich ausgefertigt werden, soweit in diesem
Gesetz nicht anderes bestimmt ist. Auf Verlangen der
Partei ist er schriftlich auszufertigen. Die Ausfertigung
hat zu enthalten:
a) Bezeichnung und Standort der Schule bzw. des ent-
scheidenden Organes,
b) den Inhalt der Entscheidung oder Verfügung,
c) die maßgebenden Gründe, wenn dem Ansehen nicht
vollinhaltlich stattgegeben worden ist,
d) Ort und Datum des Bescheides,
unterschrift des entscheidenden Organes, bei Kolle-
gialorganen des Vorsitzenden,
hinweis auf die Möglichkeit einer Berufung, die Be-
rufungsfrist und die Schulbehörde, an die die Berufung
zu richten ist, sowie die Einbringungsstelle für die
Berufung.

§ 71
Berufung
(1) Gegen Bescheide in den in § 69 Abs. 3 angeführten
Angelegenheiten können die Parteien binnen zwei Wochen
Berufung an die Schulbehörde erheben. Die Berufung ist
beim Leiter der Schule einzubringen, die den Bescheid
erlassen hat.
(2) Gegen Entscheidungen in Zeugnissen ist nur in den
Fällen, daß
a) die Eignungsprüfung oder Einstufungsprüfung nicht be-
standen worden ist (§§ 24 und 26),
b) der Schüler zum Aufsteigen nicht berechtigt ist (§ 39
Abs. 7, § 43),
eine Berufung an die Schulbehörde zulässig. Die Berufung
ist innerhalb einer Woche ab Zustellung der Entscheidung
beim Schulleiter einzubringen. Der Schulleiter hat die
Berufung unter Anschluß einer Stellungnahme der Leh-
rer, auf deren Beurteilung sich die Entscheidung gründet,
sowie unter Anschluß aller sonstigen Beweismittel unver-
züglich der Schulbehörde vorzulegen.
(3) Die Schulbehörde hat in den Fällen des Abs. 2, in-
soweit sich die Berufung auf die behauptete unrecht-
ige Beurteilung mit „Nicht genügend“ stützt,
a) der Berufung stattzugeben, wenn die Unterlagen zur
Feststellung ausreichen, daß die auf „Nicht genügend"
laufende Beurteilung, die der Entscheidung zugrunde-
lag, unrecht war; zugleich ist die betreffende Note
neu festzusetzen;
b) die Berufung abzuweisen, wenn die Unterlagen zur
Feststellung ausreichen, daß die auf „Nicht genügend"
laufende Beurteilung, die der Entscheidung zugrundelag,
rechtfertigt;
c) das Verfahren zu unterbrechen, wenn die Unterlagen
weder zu einer Entscheidung nach lit. a oder b aus-
reichen, und den Berufungswirb zu einer kommissio-
nellen Prüfung zuzulassen; wenn der Berufungswirb
 diese Prüfung nicht besteht oder zu dieser Prüfung
 nicht antritt, ist die Berufung abzuweisen; andernfalls
ist ihr stattzugeben und die Note auf Grund des Er-
genisses der Prüfung neu festzusetzen.
(4) Für die Durchführung der kommissionellen Prüfung
im Sinne des Abs. 3 lit. c gelten die Bestimmungen über
die Wiederholungsprüfung (§ 42 Abs. 5) mit der Maßgabe,
daß die Prüfung unter dem Vorsitz eines Schulaufsichts-
beamten oder eines von diesem bestimmten Vertreters
stattzufinden hat. Wenn eine Einigung über die Beurtei-
lung des Ergebnisses dieser Prüfung nicht zustande kommt,
dencheidet der Vorsitzende.

§ 72
Zustellung, Fristen
(1) Schriftliche Ausfertigungen in den in § 69 Abs. 3
angeführten Angelegenheiten und der in § 71 Abs. 2
lit. a und b genannten Entscheidungen sind den Parteien
nachweilich zu zustellen.
(2) Soweit der Schüler (Aufnahmeverwirb) zum selb-
dständigen Handeln befugt ist (§ 68), hat die Zustellung
der Ausfertigungen an ihn zu erfolgen. Die Erziehungsberechtigten können jedoch jeweils inner-
halb von zwei Wochen nach dem Beginn des Schuljahres
verlangen, daß auch in diesen Fällen die Zustellung im
Sinne des Abs. 1 zu erfolgen hat.
(3) Die Zustellung an die Erziehungsberechtigten kann
auch in der Weise erfolgen, daß die Ausfertigungen dem
Schüler (Aufnahmeverwirb) zur Übergabe an die Erzie-
hungsberechtigten ausgehändigt werden und diese die
Empfangnahme schriftlich bestätigen.
(4) Bei der Berechnung von Fristen, die nach Tagen
bestimmt sind, wird der Tag nicht mitgerechnet. In den
der Zeitpunkt oder das Ereignis fällt, wonach sich der
Anfang der Frist richten soll.
(5) Nach Wochen oder Monaten bestimmte Fristen en-
den mit dem Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche
oder des letzten Monats, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tag entspricht, an dem die Frist begonnen hat. Fehlt dieser Tag in dem letzten Monat, so endet die Frist mit Ablauf des letzten Tages dieses Monats.

(6) Der Beginn und Lauf einer Frist wird durch Sonnt- oder Feiertage nicht behindert.

(7) Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonn- oder Feiertag, so ist der nächste Werktag als letzter Tag der Frist anzusehen.

(8) Die Tage des Postenlaufes werden in die Frist nicht eingerechnet.

(9) Durch dieses Gesetz oder durch hierzu erlassene Verordnungen festgesetzte Fristen können, wenn nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, nicht geändert werden.

§ 73
Entscheidungspflicht

(1) In den Angelegenheiten des § 69 Abs. 3 haben die zuständigen Organe — unbeschadet der Bestimmung des Abs. 3 — über Ansuchen von Parteien ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber vier Wochen nach deren Einlangen den Bescheid zu erlassen. Andernfalls geht die Zuständigkeit zur Entscheidung auf schriftliches Verlangen der Partei auf die Schullehrerbehörde über. Ein solches Verlangen ist unmittelbar bei der Schullehrerbehörde einzureichen. Das Verlangen ist abzuweisen, wenn die Verzögerung der Entscheidung nicht ausschließlich auf ein Verschulden des zuständigen Organs zurückzuführen ist.

(2) Die Frist des Abs. 1 wird für die Dauer der Weihnachts-, Semester-, Oster-, Pfingst- und Hauptferien ge- hemmt.

(3) Die Schullehrerbehörde hat über Ansuchen von Parteien und Berufungen ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber, soweit im Abs. 4 nicht anderes bestimmt ist, drei Monate nach deren Einlangen bei der Schule den Bescheid zu erlassen.

(4) In den Fällen des § 71 Abs. 2 hat die Schullehrer- de über die Berufung binnen drei Wochen nach deren Einlangen bei der Schule den Bescheid zu erlassen.

§ 74
Schulverzeichnisse, Protokolle, Formblätter, Ersatzbe- stätigungen für verlorene Zeugnisse

(1) Die Schullehrerbehörde hat durch Verordnung nach den Erfordernissen der einzelnen Schularten bestimmten Form, Inhalt, Führung und Aufbewahrung der in den Schulen zu führenden Aufzeichnungen und über die sonstigen bei der Vollziehung dieses Gesetzes zu verwendenden Formblättern zu erlassen.

(2) Die Ausstellung einer Ersatzbestätigung für ein verlorenes Zeugnis einer Berufs- oder Fachschule, die im Burgenland ihren Sitz hat oder hatte, kann bei der Schullehrerbehörde beantragt werden. Der Antragsteller hat glaubhaft zu machen, daß die Bemühungen um die Wiedererlangung des verlorenen Zeugnisses oder die Ausstellung einer Zweischrift durch sein Verschulden ergebnisslos geblieben sind.

(3) Dem Ansuchen sind anzuschließen:
    a) Geburtsurkunde;
    b) Staatsbürgerschaftsnachweis und Nachweis des ordentlichen Wohnsitzes;
    c) Angaben über Beweismittel, aus denen der seinerzeiti- tie Erwerb des Zeugnisses hervorgeht.


(5) Mit einer gemäß Abs. 4 ausgestellten Ersatzbestäti- gung sind die gleichen Berechtigungen wie mit dem verlorenen Zeugnis verbunden.

IV. HAUPTSTÜCK

SCHULERHALTUNG, SCHULVERWALTUNG, SCHULAUFSGESETZ

§ 75
Errichtung, Erhaltung und Auflassung von öffentlichen Berufs- und Fachschulen

1. ABSCHNITT

ERRICHTUNG, ERHALTUNG UND AUFLAUFUNG VON ÖFFENTLICHEN BERUFS- UND FACHSCHULEN

(1) Öffentliche Berufsschulen sind unter Bedachtnahme auf eine voraussichtlich ständige Zahl von 36 Schülern In solcher Zahl zu errichten, daß alle Berufsschulpflichtigen eine ihrer Fachrichtung entsprechende Schule besuchen können. Hiebei ist auch auf die Möglichkeiten der §§ 5 Abs. 2 und 9 Abs. 6 Bedacht zu nehmen. In der Errichtungsverordnung (§ 3 Abs. 1) kann die Angliederung eines Schülergebiets angeordnet werden, um Schulpflichtigen, denen der Schulweg nicht zumutbar ist, den Schulbesuch zu ermöglichen oder diesen zu erleichtern.


(3) Die Schullehrerbehörde hat durch Verordnung die Auf- lassung einer Schule zu verfügen, wenn die Vorausset- zungen für die Errichtung der Schule nicht mehr gegeben sind. Die Auflassung erstreckt sich auch auf ein angegliede- dertes Schülerheim oder einen Lehr- oder Versuchsbetrieb.

(4) Die Schullehrerbehörde kann durch Verordnung eine Schule stilllegen, wenn
a) die durchschnittliche Schülerzahl in den zugeordneten drei Schuljahren voraussichtlich unter 12 Schüler pro Klasse absinkt, jedoch die Voraussetzungen für eine Auflassung der Schule nicht gegeben sind;
   b) die Unterbringung der vor Betrachtung der Schüler in anderen öffentlichen Berufs- oder Fachschulen bei einem zumutbaren Schulweg oder sonst durch Aufnah- me in ein Schülerheim möglich ist.

In der Verordnung ist auch auszusprechen, ob ein angegliedertes Schülerheim stillgelegt wird.
§ 76
Sicherhaltung

(1) Das Land ist gesetzlicher Schulerhalter für öffentliche Berufs- und Fachschulen einschließlich der diesen Schulen angegliederten Schülerheime sowie Lehr- und Versuchsbetriebe.

(2) Im Falle der Errichtung einer Schule hat das Land als Schulerhalter die für die Unterbringung erforderlichen Baulichkeiten, Anlagen und Liegenschaften in entsprechender Ausstattung (Abs. 3 bis 5) bereitzustellen sowie alle sonstigen für die Schulführung erforderlichen Maßnahmen (§ 3 Abs. 2) zu treffen.

(3) Jede öffentliche Berufs- und Fachschule hat hinsichtlich ihrer Unterbringung und Einrichtung den Grundzügen der Pädagogik und der Schullage sowie den Erfordernissen der körperlichen Sicherheit zu entsprechen und jene Lehrmittel aufzuweisen, die nach dem Lehrplan entsprechend der Fachrichtung für den Unterricht notwendig sind.


(5) In den öffentlichen Berufs- und Fachschulen, an denen die Mehrzahl der Schüler einem christlichen Religionskenntnis angehört, ist in allen Klassenzimmern ein Kreuz anzubringen.

§ 77
Ende der Erhaltungspflicht

(1) Die Verpflichtungen des Landes als Schulerhalter erlöschen mit der Auflassung der Schule.

(2) Bei Stillegung einer Schule sind die Gebäude, Anlagen und Liegenschaften einschließlich der Ausstattung soweit instandzuhalten, daß der Schulbetrieb mit Ende des Stillegungszeitraumes wieder aufgenommen werden kann.

2. ABSCHNITT
SCHULBEHÖRDE

§ 78
Behördenzuständigkeit

(1) Schulbehörde im Sinne dieses Gesetzes ist die Landesregierung.

(2) Der Schulbehörde obliegt, soweit nicht ausdrücklich anders bestimmt ist, die Vollziehung der Bestimmungen dieses Gesetzes. Sie übt auch die in den verfahrensgesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen oberbehördlichen Befugnisse aus.

(3) Der Schulbehörde kommt ferner die Schulaufsicht auf dem Gebiete des land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens und des land- und forstwirtschaftlichen Erziehungswesens in den Angelegenheiten der Schülerheime im Sinne des § 1 zu.

§ 79
Schulaufsichtsorgane


(2) Die Schulaufsichtsorgane haben unter Bedachtnahme auf Abs. 3 insbesondere
a) die Einhaltung des Lehrplanes, die Unterrichtsführung, den Unterrichtserfolg sowie die erzieherische Tätigkeit der Lehrer,

b) die Einhaltung der Vorschriften über die Ordnung von Unterricht und Erziehung,

c) den Zustand der Schule (des Schülerheimes) in räumlicher, einrichtungsmäßiger und schullagehygienischer Beziehung zu überwachen und die Lehrer in diesen Angelegenheiten zu beraten.

(3) Die den Beamten des Schulaufsichtsdienstes im einzelnen obliegenden Pflichten sind durch Dienstanweisung der Schulbehörde festzulegen.

(4) Andere Organe der Schulbehörde dürfen dem Unterricht an einer Schule nur in Anwesenheit eines Beamten des Schulaufsichtsdienstes beizustehen.

3. ABSCHNITT
LANDWIRTSCHAFTLICHER SCHULBEIRAT

§ 80
Einrichtung und Aufgabe

(1) Beim Amt der Landesregierung ist zur Beratung der Schulbehörde ein Landwirtschaftlicher Schulbeirat einzurichten.

(2) Der Landwirtschaftliche Schulbeirat ist von der Schulbehörde
a) in den Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Abwicklung von öffentlichen Berufs- und Fachschulen und Schülerheimen,

b) in Fragen der Schulorganisation im Hinblick auf die Einführung neuer Schulfächer und die Einrichtung von Schulversuchen,

c) bei beabsichtigten gesetzlichen Regelungen im Bereich des land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens zu hören.

(3) Das Anhörungsrecht gemäß Abs. 2 kann durch die Abgabe von Stellungnahmen, Vorschlägen oder Gutachten ausgeübt werden.
§ 81
Zusammensetzung
(1) Dem Landwirtschaftlichen Schulbeirat gehören als Mitglieder mit beschließender Stimme an:
1. als Vorsitzender jedes Mitglied der Landesregierung, in dessen Aufgabenkreis die Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Schulwesens fallen,
2. drei von der Landesregierung nach dem Stärkeverhältnis der Parteien im Landtag bestellte Vertreter,
3. fünf von der Burgenländischen Landwirtschaftskammer bestellte Vertreter,
4. ein von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für das Burgenland bestellter Vertreter,
5. drei Vertreter aus dem Kreise der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer, die vom Zentralausschuß der Personalvertretung dieser Lehrer in geheimer schriftlicher Wahl zu wählen sind; die Wahlordnung ist durch Verordnung der Schulbehörde zu erlassen.
(2) Dem Landwirtschaftlichen Schulbeirat sind als Mitglieder mit beratender Stimme beizuziehen:
1. der beamtete Referent für das landwirtschaftliche Schulwesen beim Amt der Landesregierung,
2. der Landesschulinspektor für das landwirtschaftliche Schulwesen.
(3) Die römisch-katholische und die evangelische Kirche sind berechtigt, in den Landwirtschaftlichen Schulbeirat je einen Vertreter als Mitglieder mit beratender Stimme zu entsenden.
(4) Die Mitglieder gemäß Abs. 1 müssen in den Landtag wähbar sein; für jedes dieser Mitglieder ist in gleicher Weise ein Ersatzmitglied zu bestellen. Im Verhinderungsfall haben sich die Mitglieder durch das Ersatzmitglied vertreten zu lassen.

§ 82
Funktionsdauer und Konstituierung
(1) Die Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Landwirtschaftlichen Schulbeirates sind für die Dauer der Gesetzgebungsdauer des Landtages zu bestellen. Sie haben jedoch ihre Aufgaben auch nach Beendigung der Gesetzgebungsdauer des Landtages bis zur Konstituierung des neuen Landwirtschaftlichen Schulbeirates wahrzunehmen.
(2) Die Bestellung der Mitglieder hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß die Konstituierung des Landwirtschaftlichen Schulbeirates innerhalb von drei Monaten nach Einberufung des neuen Landtages erfolgen kann.

§ 83
Erlöschen der Mitgliedschaft
(1) Die Mitgliedschaft (Ersatzmitgliedschaft) zum Landwirtschaftlichen Schulbeirat erlischt
1. durch Verzicht, der dem Vorsitzenden (Stellvertreter) gegenüber schriftlich zu erklären ist,
2. durch Widerruf der Bestellung oder
3. durch Verlust der Wählerbarkeit.
(2) In den Fällen des Abs. 1 ist unter Berücksichtigung der §§ 81 und 82 unverzüglich eine Nachbestellung vorzunehmen.

§ 84
Rechte und Pflichten der Mitglieder
(1) Die Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Landwirtschaftlichen Schulbeirates üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus und sind zur Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit verpflichtet.

§ 85
Geschäftsführung
(2) Der Vorsitzende ist im Falle seiner Verhinderung durch den Vorsitzendenstellvertreter, der in der konstituierenden Sitzung zu wählen ist, zu vertreten.
(3) Der Landwirtschaftliche Schulbeirat ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte der Mitglieder gemäß § 81 Abs. 1 sowie der Vorsitzende, bei seiner Verhinderung der Stellvertreter, anwesend sind.
(4) Der Landwirtschaftliche Schulbeirat faßt seine Beschlüsse mit unbedingter Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden Mitglieder.
(6) Über die in der Sitzung des Landwirtschaftlichen Schulbeirates gefaßten Beschlüsse ist vom Schriftführer eine Verhandlungschrift zu führen, die vom Vorsitzenden und je einem Vertreter der Parteien (§ 81 Abs. 1 Z 2) zu unterfertigen ist. Sonstige schriftliche Ausfertigungen sind vom Vorsitzenden zu unterfertigen.
(7) Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung trifft eine Geschäftsordnung, die vom Landwirtschaftlichen Schulbeirat zu beschließen ist und der Genehmigung der Schulbehörde bedarf. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Geschäftsordnung gesetzlichen Vorschriften widerspricht.

V. HAUPTSTÜCK
ERRICHTUNG UND FÜHRUNG VON PRIVATEN LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTLICHEN SCHULEN SOWIE SCHÜLERHEIMEN
1. ABSCHNITT
ABGRENZUNGEN
§ 86
Begriffsbestimmung
(1) Privatschulen im Sinne dieses Gesetzes sind Einrichtungen, in denen eine Mehrzahl von Schülern gemein-
sam nach einem festen Lehrplan unterrichtet, hiebei neben der Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft ein erzieherisches Ziel angestrebt wird, und die von anderen als dem gesetzlichen Schülerhalter (§ 76 Abs. 1) erhalten werden.

(2) Ein erzieherisches Ziel ist gegeben, wenn außer den mit der Erwerbung von Kenntnissen und Fertigkeiten an sich verbundenen Erziehungszielen die Festigung der charakterlichen Anlagen der Schüler in sittlicher Hinsicht bezieht.

§ 87
Allgemeine Zugänglichkeit, Aufnahme

(1) Privatschulen sind allgemein zugänglich. Die Bestimmungen des § 10 Abs. 1 zweiter Satz finden sinngemäß Anwendung.

(2) Für Privatschulen, deren Schülerhalter eine gesetzlich anerkannte Kirche oder Religionsgesellschaft, eine nach deren Recht bestehende Einrichtung oder ein anderer Rechts träger ist, sofern er nicht öffentlich-rechtlichen Charakter hat, gelten die Bestimmungen des Abs. 1 mit der Maßgabe, daß die Auswahl der Schüler nach dem Bekennniss und nach der Sprache sowie die Geschlechtertrennung zulässig sind. Die gleiche Regelung gilt für private Schülerhelme.

(3) Soweit gemäß Abs. 2 die Auswahl der Schüler nach der Sprache zulässig ist, kann die betreffende Sprache auch als Unterrichtssprache in solchen Privatschulen verwendet werden. Andernfalls bedarf die Verwendung einer lebenden Fremdsprache an Unterrichtssprache an einer Privatschule der Bewilligung der Schulbehörde. Die Bewilligung ist auf Ansuchen des Schülerhalters bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß § 35 Abs. 2 zu erteilen.

(4) Die Aufnahme in eine Privatschule erfolgt durch einen Vertrag des bürgerlichen Rechts zwischen dem Schüler und dem Privatschülerhalter.

2. ABSCHNITT
ALLGEMEINE VORAUSSEITZUNGEN

§ 88
Schülerhalter

(1) Eine Privatschule zu führen ist berechtigt
a) jeder österreichische Staatsbürger, der voll handlungsfähig und in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht verläßlich ist;

b) jede Gebietskörperschaft, jede gesetzlich anerkannte Kirche oder Religionsgesellschaft und jede weitere Körperschaft des öffentlichen Rechts;

c) jede sonstige Juristische Person, deren vertretungsbefugte Organe die Voraussetzungen nach lit. a erfüllen.

(2) Personen, die die österreichische Staatsbürger schaft nicht besitzen, sowie juristische Personen, deren vertretungsbefugte Organe die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, können Privatschulen führen, wenn sie oder ihre vertretungsbefugten Organe voll handlungsfähig, in sittlicher Hinsicht verläßlich und keine nachteiligen Auswirkungen auf das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen zu erwarten sind. Durch Staatsverträge begrundete Rechte werden hierdurch nicht berührt.

(3) Die finanzielle, personelle und räumliche Vorsorge für die Führung der Schule ist Aufgabe des Schülerhalters.

(4) Der Schülerhalter hat jede Veränderung der Organisation der Privatschule sowie die Einstellung der Schulleitung und die Auflösung der Schule der Schulbehörde unverzüglich anzuzeigen.

§ 89
Leiter und Lehrer

(1) Der Schülerhalter hat für die pädagogische und administrative Leitung der Privatschule einen Leiter zu bestellen, der
a) die österreichische Staatsbürgerschaft,
b) die Eignung zum Lehrer in sittlicher, staatsbürgerlicher und gesundheitlicher Hinsicht und
c) die Lehrbefähigung für die betreffende oder eine verwandte Schularbeit besitzt.

(2) Die Schulbehörde hat vom Erfordernis des Abs. 1 lit. a Nachsicht zu erteilen, wenn ein Mangel an entsprechend lehrbefähigten Lehrern österreichischer Staatsbürgerschaft besteht oder die Verwendung sonst im Interesse der Schule gelegen ist.

(3) Schülerhalter, die die in Abs. 1 lit. a bis c genannten Bedingungen erfüllen, können die Leitung der Privatschule auch selbst ausüben. Abs. 2 gilt auch für den Schülerhalter.

(4) Der Schülerhalter darf an der Privatschule nur Leh rer verwenden, die die in Abs. 1 lit. a bis c genannten Bedingungen erfüllen.

(5) Die Schulbehörde kann für Lehrer unter den Voraussetzungen des Abs. 2 von den Erfordernissen des Abs. 1 lit. a und c Nachsicht erteilen.

(6) Der Schülerhalter hat der Schulbehörde
a) von der Bestellung des Leiters und der Lehrer,
b) vom Ausschreiben des Leiters aus der Leiterfunktion und vom Ausscheiden der Lehrer aus der Lehrerfunktion sowie
c) davon, daß der Leiter oder ein Lehrer eine der im Abs. 1 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt, ohne daß ihm die Nachsicht im Sinne der Abs. 2 oder 5 erteilt worden ist, unverzüglich Anzeige zu erstatten.

(7) Die Schulbehörde hat — unbeschadet der Abs. 2 und 5 — die Verwendung des Leiters oder Lehrers innerhalb eines Monats ab dem Einlangen der Bestellungsanzeige zu untersagen, wenn die Bedingungen der Abs. 1 oder 4 nicht erfüllt sind. Darüber hinaus hat die Schulbehörde — unbeschadet der Abs. 2 und 5 — die Verwendung eines Leiters oder Lehrers zu untersagen, wenn die Bedingungen der Abs. 1 oder 4 später wegfallen.

(8) Die Bestimmungen der Abs. 6 und 7 gelten sinngemäß auch für den Schülerhalter in seiner Eigenschaft als Leiter der Schule (Abs. 3).
§ 90

Schulräume und Lehrmittel

Der Schulerhalter muß über Schulräume, die baulich und einrichtungsmäßig dem Zweck und der Organisation der Privatschule sowie den Grundsätzen der Pädagogik und der Schulhygiene entsprechen, sowie über die zur Durchführung des Lehrplanes notwendigen Lehrmittel und sonstigen Ausstattungen und Einrichtungen verfügen.

§ 91

Anzeige und Untersagung der Führung

(1) Die Führung einer Privatschule ist der Schulbehörde mindestens drei Monate vor der beabsichtigten Eröffnung der Schule unter Nachweis der Erfüllung der Bestimmungen des § 88 Abs. 1 oder 2, des § 89 Abs. 1 oder 3 und des § 89 Abs. 4 (unbeschadet der Bestimmungen des § 89 Abs. 2 oder 5) sowie des § 90 anzuzeigen.

(2) Wird eine Privatschule führt, ohne daß der Schulerhalter der Schulbehörde davon die Anzeige erstattet hat, so hat die Schulbehörde die Führung der Privatschule zu untersagen.

(3) Die Schulbehörde hat die Führung der Privatschule binnen zwei Monaten ab dem Eintreffen der Anzeige zu untersagen, wenn die im Abs. 2 angeführten Bestimmungen nicht erfüllt sind. Wird die Führung der Privatschule innerhalb dieser Frist nicht untersagt, so kann sie eröffnet werden.

§ 92

Erlöschen und Untersagung des Rechtes zur Schulführung

(1) Das Recht zur Führung einer Privatschule, deren Führung nicht untersagt wurde, erlischt:
   a) mit der Auflösung der Schule durch den Schulerhalter;
   b) mit dem Wegfall einer der im § 88 Abs. 1 lit. a oder c oder Abs. 2 genannten Bedingungen;
   c) nach Ablauf eines Jahres, in dem die Schule nicht geführt wurde;
   d) mit der Überlassung des Schulvermögens an eine andere Person mit der Absicht, die Schulbehörde aufzugeben oder
   e) mit dem Tod des Schulerhalters, bei juristischen Personen mit deren Auflösung bzw. Untergang.

(2) Die Verlässenschaft kann die Privatschule bis zum Ende des laufenden Schuljahres weiterführen, wobei sie die Rechte und Pflichten des Schulbehalters übernimmt; sie hat die Weiterführung der Privatschule der Schulbehörde anzuzeigen. Dieselbe gilt nach Beendigung des Verlässenschaftsverfahrens für die Erben des Schulerhalters. Das Recht zur Weiterführung der Schule steht den Erben unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 4 zu, auch wenn sie die Bedingungen des § 88 Abs. 1 lit. a oder Abs. 2 nicht erfüllen.

(3) Werden nach der Eröffnung der Privatschule die im § 89 Abs. 1, 3 oder 4 (unter allfälliger Bedachtnahme auf § 89 Abs. 2 oder 5) oder im § 90 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt, so hat die Schulbehörde dem Schulerhalter eine angemessene Frist zur Beseitigung der Mängel zu setzen. Werden die Mängel innerhalb dieser Frist nicht behoben, so hat die Schulbehörde die Weiterführung der Privatschule zu untersagen.

(4) Wenn für die Gesundheit oder Sittlichkeit der Schüler Gefahr im Verzug ist, hat die Schulbehörde die Weiterführung der Privatschule zu untersagen.

§ 93

Bezeichnung von Privatschulen

(1) Gleichzeitig mit der Anzeige der Führung einer Privatschule (§ 91 Abs. 1) hat der Schulerhalter die beabsichtigte Bezeichnung der Privatschule anzuzeigen. Unterläßt der Schulerhalter diese Anzeige, so hat ihn die Schulbehörde zur nachträglichen Anzeige aufzufordern.

(2) Wenn die gewählte Bezeichnung den Schulerhalter nicht erkennen läßt oder nicht jede Möglichkeit einer Verwechslung mit einer öffentlichen Schule ausschließt, so hat die Schulbehörde den Schulerhalter zu einer Änderung der Bezeichnung aufzufordern.

(3) Der Schulerhalter hat jede Änderung der Bezeichnung der Privatschule der Schulbehörde unverzüglich anzuzeigen. Abs. 2 gilt für die Änderung der Bezeichnung sinngemäß.

(4) Der Schulerhalter kann sich einer gesetzlich geregelten Schulerbezeichnung bedienen, wenn die Organisation einschließlich des Lehrplanes und die Ausstattung der Privatschule im wesentlichen mit gleichartigen öffentlichen Schulen übereinstimmt.

(5) Liegen die in den Abs. 2 und 4 genannten Voraussetzungen nach Eröffnung der Privatschule nicht oder nicht mehr vor, so hat die Schulbehörde dem Schulerhalter eine angemessene Frist zur Beseitigung der Mängel zu setzen. Werden die Mängel innerhalb dieser Frist nicht behoben, so hat die Schulbehörde den Schulerhalter zur Änderung der Bezeichnung aufzufordern.

§ 94

Schülerheim

(1) Die Führung von privaten Schülerheimen (§ 1) bedarf der Anzeige an die Schulbehörde.

(2) Wenn ein privates Schülerheim Mängel aufweist, durch die die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die staatsbürgerliche Gesinnung der Schüler gefährdet werden, hat die Schulbehörde Erhalt der Erhebung des Schülerheimes aufzufordern, diese Mängel innerhalb einer angemessenen Frist abzustellen. Werden die Mängel innerhalb dieser Frist nicht behoben, so hat die Schulbehörde die Weiterführung des Schülerheimes zu untersagen. Die Untersagung gilt für die Dauer des Vorliegens der festgestellten Mängel.

3. ABSCHNITT

OFFENTLICHKEITSRECHT

§ 95

Verleihung des Offentlichkeitsrechts

(1) Die Schulbehörde hat Privatschulen, die gemäß § 93 Abs. 4 eine gesetzlich geregelte Schulerbezeichnung führen, auf Antrag das Offentlichkeitsrecht zu verleihen, wenn die Privatschule Gewähr für die Erreichung desselben Bildungzieles wie die entsprechende öffentliche Schule bietet.
§ 96
Rechtswirkungen des Öffentlichkeitsrechtes

(1) Mit der Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes sind folgende Rechtswirkungen verbunden:
a) der Privatschule wird das Recht übertragen, Zeugnisse über den Erfolg des Schulbesuches auszustellen, die mit der Beweiskraft öffentlicher Urkunden und mit den gleichen Rechtswirkungen ausgestattet sind wie Zeugnisse gleichartiger öffentlicher Schulen;
b) an der Privatschule können die für die betreffende Schularbeit vorgesehenen Prüfungen abgehalten werden;
c) der Privatschule können Lehrämter oder Ämter, die sich damit einverstanden erklären, zur Einführung in die Praxis des Lehramtes mit Zustimmung des Schulerhalters zugewiesen werden;
d) auf Privatschulen finden, soweit in Abs. 2 nicht anderes bestimmt ist, die Vorschriften der §§ 11 bis 20, 21 Abs. 1 bis 3, 22 bis 27, 29 bis 34, 35 Abs. 1 sowie 36 bis 74 und der hierzu erlassenen Verordnungen Anwendung.

(2) Für Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht gelten hinsichtlich des Aufnahmevertrages (§ 87 Abs. 4) folgende Sonderregelungen:
a) Der Aufnahmevertrag kann über das Verhalten der Schüler in der Schule und bei Schulveranstaltungen, über Maßnahmen zur Sicherheit der Schüler in der Schule und bei Schulveranstaltungen sowie zur Ermöglichung eines ordnungsgemäßen Schulbetriebes Vorschriften enthalten, die von der gemäß § 48 zu erlassenden Verordnung der Schulbehörde abweichen oder sie ergänzen. Solche Ergänzungen oder Abweichungen sind der Schulbehörde zur Kenntnis zu bringen.
b) Die Bestimmungen des § 46 gelten mit der Maßgabe, daß der Privatschulerhalter darüber hinausgehende Gründe für die Beendigung des Schulbesuches anlässlich der Aufnahme vereinbaren kann.
c) Der Aufnahmevertrag ist rechtswirksam, wenn ein Aufnahmeverwerber trotz Nichterfüllung der schulrechtlichen Aufnahmevoraussetzungen aufgenommen wird.

§ 97
Entzug und Erlöschen des Öffentlichkeitsrechtes

(1) Wenn die im § 95 genannten Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden, hat die Schulbehörde den Schulerhalter aufzufordern, die Mängel innerhalb einer angemessenen Frist abzustellen. Werden die Mängel innerhalb dieser Frist nicht behoben, so hat die Schulbehörde das Öffentlichkeitsrecht zu entziehen bzw. nicht weiter zu verleihen.

(2) Mit dem Erlöschen oder der Untersagung des Rechtes zur Führung der Privatschule im Sinne des § 92 erlischt das ihr verliehene Öffentlichkeitsrecht. In diesem Falle sind die an der Schule geführten Amtsschriften und Kataloge der Schulbehörde zur Aufbewahrung zu übergeben.

4. ABSCHNITT
AUF SICH

§ 98
Zuständigkeit und Ausübung der Aufsicht

(1) Die Aufsicht über die Privatschulen und Schülerheime (§ 94) obliegt der Schulbehörde.

(2) Die Aufsicht erstreckt sich auf die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 88 bis 95, bei Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht auch jener der §§ 96 und 97 einschließlich der In § 96 Abs. 1 lit. a zitierten.

(3) In Ausübung der Aufsicht können die Organe der Schulbehörde, soweit dies zur Wahrnehmung der Schulbehörde übertragenen Zuständigkeiten erforderlich ist, die Schul- oder Heimleitungen betreten, als Beobachter am Unterricht teilnehmen, vom Schulerhalter alle zur Wahrnehmung der Aufsicht erforderlichen Auskünfte verlangen sowie in die Schuleinsichten einschl. vorzunehmen und die zur Durchführung des Lehrplanes notwendigen Lehrmittel überprüfen.

VI. HAUPTSTUCK
SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 99
Strafbestimmungen

(1) Wer der Meldepflicht gemäß § 7 Abs. 2 bzw. der Melde- und Auskunftspflicht gemäß § 8 Abs. 3 nicht nachkommt oder sonst den Bestimmungen des § 7 zuwiderhandelt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 S zu bestrafen.

(2) Wer
a) eine Privatschule ohne Anzeige oder nach Untersagung der Führung eröffnet oder nach Erlöschen oder Untersagung des Rechtes zur Schulführung weiterführt (§§ 91 und 92);
b) der Schulbehörde trotz Aufforderung die beabsichtigte Bezeichnung der Privatschule nicht anzeigt (§ 93 Abs. 1) oder eine andere als die Bezeichnung verwendet, die er angezeigtes hat (§ 93 Abs. 1 oder 3), oder der Aufforderung nach § 93 Abs. 2 oder 5 nicht nachkommt;
c) Zeugnisse ausstellt, die mit den Zeugnissen einer öffentlichen Schule gleich oder verwuchsfähig ähnlich sind, ohne daß die Schule das Öffentlichkeitsrecht besitzt (§ 96 Abs. 1 lit. a);
d) einen Leiter oder Lehrer nach der Untersagung seiner Verwendung in dieser Eigenschaft an der Schule beschäftigt (§ 89 Abs. 7);
e) den Organen der Schulbehörde die Durchführung der Aufsicht erschwert oder verhindert (§ 98 Abs. 2);
f) die gemäß § 88 Abs. 4, § 89 Abs. 6 und § 94 Abs. 1 zu erstattenden Anzeigen unterläßt;
g) ein Schülerheim nach Untersagung der Führung trotz weiteren Vorliegens der beanstandeten Mängel weiterführt (§ 94 Abs. 2),
begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 30.000 S zu bestrafen.
§ 100
Obergangsbestimmungen


§ 101
Schulversuche

(1) Die Schulbehörde kann zur Erprobung besonderer pädagogischer und schulorganisatorischer Maßnahmen abweichend von den Bestimmungen dieses Gesetzes und der hierzu erlassenen Verordnungen Schulversuche an öffentlichen Berufs- und Fachschulen anordnen, sofern grundgesetzliche Vorschriften dem nicht entgegenstehen.

(2) An privaten Berufs- und Fachschulen mit Öffentlichkeitsrecht bedarf ein vom Schülerhalter beabsichtigter Schulversuch der Bewilligung der Schulbehörde. Die Bewilligung ist unter den Voraussetzungen des Abs. 1 und 3 zu erteilen.

(3) Je Organisationsform und Schulstufe der Berufs- und Fachschulen dürfen im Landesteil gleichzeitig nur an zwei Klassen Schulversuche durchgeführt werden.

§ 102
Kundmachung von Verordnungen

Verordnungen gemäß §§ 15 Abs. 2, 16 Abs. 2 und 3, 22 Abs. 1, 35 Abs. 2 sowie 101 Abs. 1, die sich nur auf einzelne Schulen beziehen, sind neben der nach Art. 35 L-VG vorgesehenen Verlautbarung durch Anschlag in der betreffenden Schule kondszumachen. Die Schüler und Erziehungsberechtigten sind in geeigneter Weise auf diese Kundmachung hinzuweisen.

§ 103
Freiheit von Landesverwaltungsabgaben

Ansuchen, Bestätigungen, Bescheide und Zeugnisse auf Grund dieses Gesetzes oder der hierzu erlassenen Verordnungen sind — ausgenommen in Verfahren nach den Bestimmungen des § 34 Abs. 5 und § 74 Abs. 2 bis 4 — von der Entrichtung von Landesverwaltungsabgaben befreit.

§ 104
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Bestimmungen über die Berufsschulpflicht (§§ 4 bis 7 und 9) nach Ablauf des Tages der Verlautbarung im Landesgesetzblatt in Kraft.

(2) Die Bestimmungen über die Berufsschulpflicht (§§ 4 bis 7 und 9) treten am 1. 9. 1986 in Kraft.

Für die Landesregierung:

Kerry
Inhaltsverzeichnis

BURGENLANDISCHES LANDWIRTSCHAFTLICHES SCHULGESETZ

I. Hauptstück
Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich
§ 2 Gliederung der land- und forstwirtschaftlichen Schulen
§ 3 Errichtung und Erhaltung der Schulen
§ 4 Schulpflichtiger Personenkreis
§ 5 Erfüllung der Schulpflicht
§ 6 Befreiung vom Besuch der Berufsschule
§ 7 Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Schulpflicht
§ 8 Schulpflichtmatrik für die Berufsschule
§ 9 Zuweisung an die Berufsschule

II. Hauptstück
Organisation der öffentlichen Berufs- und Fachschulen

1. Abschnitt
Gemeinsame Bestimmungen

§ 10 Allgemeine Zugänglichkeit, Unentgeltlichkeit des Schulbesuches
§ 11 Lehrpläne
§ 12 Lehrer
§ 13 Klassenschülerzahl
§ 14 Schullast
§ 15 Schulfreie Tage im Unterrichtsjahr
§ 16 Unterrichtszeit

2. Abschnitt
Berufsschulen

§ 17 Fachrichtungen und Organisationsformen
§ 18 Lehrplan

3. Abschnitt
Fachschulen

§ 19 Fachrichtungen, Organisationsformen und Aufbau
§ 20 Lehrplan
§ 21 Aufnahmeverfahren
§ 22 Eignungsprüfung
§ 23 Durchführung der Eignungsprüfungen
§ 24 Prüfungsergebnis
§ 25 Übertritt von der Fachschule eines anderen Bundeslandes

III. Hauptstück
Ordnung von Unterricht und Erziehung für die öffentlichen Berufs- und Fachschulen

1. Abschnitt
Aufnahme in die Schule

§ 26 Aufnahme als ordentlicher Schüler
§ 27 Aufnahme als außerordentlicher Schüler
§ 28 Aufnahmeverfahren

2. Abschnitt
Unterrichtsordnung

§ 29 Klassenbildung, Lehrfächerverteilung
§ 30 Stundenplan
§ 31 Pflichtgegenstände

§ 32 Freiegenstände, unverbindliche Übungen und Förderunterricht
§ 33 Schulveranstaltungen
§ 34 Unterrichtsmittel, Eignungserklärung
§ 35 Unterrichtssprache

3. Abschnitt
Unterrichtsarbeit und Schülerbeurteilung

§ 36 Unterrichtsarbeit
§ 37 Leistungsbeurteilung
§ 38 Information der Erziehungsberechtigten und der Lehrberechtigten
§ 39 Leistungsbeurteilung für eine Schulstufe
§ 40 Beurteilung des Verhaltens in der Schule
§ 41 Jahresschulzeugnis, Abschlußzeugnis, Schulbesuchsbestätigung
§ 42 Wiederholungsprüfung

4. Abschnitt
Aufstiegen, Wiederholen von Schulstufen, Beendigung des Schulbesuches

§ 43 Aufstiegen
§ 44 Wiederholen von Schulstufen
§ 45 Höchstdauer des Schulbesuches
§ 46 Beendigung des Schulbesuches

5. Abschnitt
Schulordnung

§ 47 Pflichten der Schüler
§ 48 Schulordnung und Hausordnung
§ 49 Fernbleiben von der Schule
§ 50 Sammlungen in der Schule, Teilnahme an schulfremden Veranstaltungen
§ 51 Mitwirkung der Schule an der Erziehung
§ 52 Verständigungspflichten der Schule
§ 53 Ausschluß eines Schüler
§ 54 Anwendung auf außerordentliche Schüler

6. Abschnitt
Funktionen des Lehrers, Lehrerkonferenzen

§ 55 Lehrer
§ 56 Kustos, Leiter von Werkstätten oder Lehr- und Versuchsständen
§ 57 Klassenvorstand
§ 58 Schulrektor
§ 59 Lehrerkonferenzen

7. Abschnitt
Schule und Schüler, Schule und Erziehungsberechtigte, Schulgemeinschaft

§ 60 Schülermitverwaltung
§ 61 Schülervertreter, Wahl und Abberufung, Versammlung der Schülervertreter
§ 62 Erziehungsberechtigte, Pflichten der Erziehungsberechtigten
§ 63 Beratung zwischen Lehrern und Erziehungsberechtigten
§ 64 Elternvereine
§ 65 Schulgemeinschaftsausschuß
§ 66 Erweiterte Schulgemeinschaft
§ 67 Schulärztliche Betreuung
8. Abschnitt
Verfahrensbestimmungen
§ 68 Vertretung durch die Erziehungsberechtigten, Handlungsfähigkeit des nicht eigenberechtigten Schülers
§ 69 Verfahren
§ 70 Parteien, Ermittlungsverfahren, Bescheidsausfertigung
§ 71 Berufung
§ 72 Zustellung, Fristen
§ 73 Entscheidungspflicht
§ 74 Schulverzeichnisse, Protokolle, Formblätter, Er satzbestätigungen für verlorene Zeugnisse

IV. Hauptstück
Schulerhaltung, Schulverwaltung, Schulaufsicht
1. Abschnitt
Gründung, Erhaltung und Auflösung von öffentlichen Berufs- und Fachschulen
§ 75 Errichtung und Auflösung von Schulen
§ 76 Schulerhaltung
§ 77 Ende der Erhaltungspflicht

2. Abschnitt
Schulbehörde
§ 78 Behördenzuständigkeit
§ 79 Schulaufsichtsorgane

3. Abschnitt
Landwirtschaftlicher Schulbeirat
§ 80 Einrichtung und Aufgabe
§ 81 Zusammensetzung
§ 82 Funktion und Konstituierung
§ 83 Erlöschen der Mitgliedschaft
§ 84 Rechte und Pflichten der Mitglieder
§ 85 Geschäftsführung

V. Hauptstück
Errichtung und Führung von privaten land- und forstwirtschaftlichen Schulen sowie Schülerheimen
1. Abschnitt
Abgrenzungen
§ 86 Begriffsbestimmung
§ 87 Allgemeine Zugänglichkeit, Aufnahme
2. Abschnitt
Allgemeine Voraussetzungen
§ 88 Schulerhalter
§ 89 Leiter und Lehrer
§ 90 Schulräume und Lehrmittel
§ 91 Anzeige der Untersagung der Führung
§ 92 Erlöschen und Untersagung des Rechtes zur Schulführung
§ 93 Bezeichnung von Privatschulen
§ 94 Schülerheime

3. Abschnitt
Öffentlichkeitsrecht
§ 95 Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes
§ 96 Rechtswirkungen des Öffentlichkeitsrechtes
§ 97 Entzug und Erlöschen des Öffentlichkeitsrechtes

4. Abschnitt
Aufsicht
§ 98 Zuständigkeit und Ausübung der Aufsicht

VI. Hauptstück
Schlußbestimmungen
§ 99 Strafbestimmungen
§ 100 Übergangsbestimmungen
§ 101 Schulversuche
§ 102 Kundmachung von Verordnungen
§ 103 Freiheit von Landesverwaltungsabgaben
§ 104 Inkrafttreten